

# Danziger Zeitung.

Nr. 18613.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben - gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 21. Novbr. (W. I.) In der Stadtverordneten-Versammlung wurde gestern der Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrights an Professor Koch einstimmig angenommen. Die Versammlung beschloß ferner, bis zur Fertigstellung einer staatlichen Klinik für Koch zur Förderung von dessen Entdeckung die nötigen Räume einzuräumen. Der bezügliche Antrag war sofort von dem aus 10 Mitgliedern bestehenden Ausschuss beraten worden. Ein ebenfalls angekommener Zusatz beantragte, Koch die erforderlichen Zimmer zu überlassen, um sein Heilversfahren für die Bevölkerung möglichst auszunutzen. Die nötigen Mittel wurden bewilligt. In der Berathung berichtete Stadtrath Struckmann, die Regierung habe die Angelegenheit bereits am 1. November in die Hand genommen. Nach der Publication Kochs beschloß das Curatorium des Moabitier-Krankenhauses, 150 Betten zur Verfügung zu stellen. Stadtverordneter Spinola betonte, es handele sich dabei auch um Untersuchungen über die übrigen Infektionskrankheiten. Stadtverordneter Struckmann wies darauf hin, es sei auch vorgeschlagen worden, Koch als Sanatorium das Gut Malchow für Tuberukose zur Verfügung zu stellen. (Beschluss.)

Wien, 21. November. (Privattelegramm.) Das Ministerium des Äußern erhielt von der deutschen Reichsregierung die Mittheilung, daß die deutschen Delegirten zu den Verhandlungen über den Zoll- und Handelsvertrag Anfang Dezember in Wien eintreffen würden.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 21. November.  
Die Steuervorlage im Abgeordneten-

haus. Die geistige Sitzung des Abgeordnetenhauses gehört zu den wichtigsten und interessantesten, die das preußische Parlament man kann wohl sagen, seit langen Jahren erlebt hat. Am Ministerium der neue Ministerpräsident, der neue Finanzminister, als Vorlagen neue große Entwürfe, im Hause neues Leben und frische Regsamkeit, der Ton ruhiger, als er jemals in den letzten Jahren des Bismarck'schen Regimes gewesen. Reden vom Ministerstift und aus dem Hause von programmatischer Bedeutung, alles Momente, welche dieser Sitzung einen hervorragenden Platz in der parlamentarischen Geschichte anweisen. Einer unserer Berliner Correspondenten entwirft über den Inhalt und den Verlauf derselben folgendes Bild:

„Schon vor Eröffnung der Sitzung hatten sich die Tribünen nicht gefüllt, um der Eröffnungsarbeit des Landtages die gebührende Theilnahme zu zollen. Es galt das Programm der Steuerreform, welches der neue Finanzminister Dr. Miquel entworfen, dem Volke zu entfalten. Der Abg. Rickert beantragte, unterstützt von dem freiconservativen Frh. v. Dediß und dem nationalliberalen Dr. Ennecker, die gemeinsame Berathung der beiden Entwürfe, des Einkommensteuer- und Erbschaftsteuergesetzes, während die Abg. Dr. Reichensperger und Windthorst vom Centrum und der Conservative v. Rauchhaupt für eine getrennte Behandlung plädierten, der letztere unter der Begründung, daß beide Gesetzentwürfe wahrscheinlich ein verschiedenes Schicksal haben würden.“

Allerdings kennzeichneten bereits die Verhandlungen des ersten Tages die Stimmung der Parteien dahin, daß das Erbschaftsteuergesetz wahrscheinlich abgelehnt wird. Nachdem mit geringer Majorität die getrennte Berathung beschlossen, begründet der Finanzminister Miquel in etwa zweistündig Rede die Notwendigkeit der Steuerreform, gab einen Überblick über die Entwicklung der directen Steuern und beleuchtete die Entwürfe noch näher, als dies in der amtlichen Begründung geschehen. Er warnte besonders, sich durch den äußerst günstigen Finanzabschluß des letzten Jahres 1889/90, der einen Überschub von 97 117 184 Mark aufweist, verleiten zu lassen, auf eine Verminderung der Steuern bedacht zu sein. Man dürfe nicht seine Ausgaben einrichten nach einem günstigen Jahre. Der Standpunkt der Regierung sei der: keine Vermehrung der directen Steuern, aber auch keine Verminderung ohne Erfolg. Die Grund- und Gebäudesteuer solle wenigstens zum Theil aus dem System der Staatssteuern losgelöst und zu einer Communalsteuer umgewandelt werden. Für eine einigermaßen gerechte Einkommensteuer sei die Declaration, d. i. die Selbstangabe des Vermögens notwendig, wie dieselbe in anderen deutschen Ländern wie in Sachsen, Baden, Württemberg etc. bereits besthele.

Nach dem Finanzminister, der nach dem Gefühl vieler Mitglieder des Hauses viel zu lange sprach, da gegen Ende des Vortages eine ziemlich lebhafte Ableitung nach dem Buffet stattfand, nahm der Abg. Reichensperger das Wort. Ihn hatte das Loos an die Spitze der Rednerliste gestellt und damit zu der undankbaren Rolle des Frühstückssredners verurtheilt. Das greise Centrumsmitglied erklärte sich (entgegen der Majorität des Centrums) gegen die Selbstdeclaration. Demnächst ergriff der Abg. v. Rauchhaupt die Gelegenheit, um auf die Verdienste hinzuweisen, welche sich angeblich die conservative Partei um die Steuer-

reform erworben, und zu erklären, wie der jetzige Steuerreformplan sich im allgemeinen deckt mit dem, was die Partei seit lange erstrebt. Auch er erklärte sich für die Declaration und bemängelte nur die Skala der einzelnen Steuerstufen.

Inzwischen war die Zeit so weit vorgerückt, daß der Antrag auf Beratung gestellt wurde; er wurde jedoch mit einer zweifelhaften Majorität abgelehnt und der Abg. Rickert, der selbst für die Beratung gestimmt, wurde nun mehr gezwungen, in später Stunde die Stellung der freisinnigen Partei zu den Steuerentwürfen klar zu legen. Trotz der vorgerückten Zeit hörte alles gespannt den Ausführungen derselben bis zum Schlusse zu, die Abspaltung der Zuhörer wurde immer von neuem überwunden, und die Begeisterung und Überzeugungswirksamkeit des Abg. Rickert war von solcher Wirkung, daß sowohl während der Rede als besonders nach Vollendung derselben der volle Beifall sich unter den Abgeordneten und unter den Zuhörern auf den Tribünen hund gab.

Während der Abg. v. Rauchhaupt die Ausführungen des Finanzministers fast ausnahmslos gut und schön fand, wies der Abg. Rickert nach, daß man, um mit der Entlastung der ärmeren Klassen Ernst zu machen, die preußische Steuerreform mit der Steuergefechtigung des deutschen Reiches in Verbindung bringen müsse. Die wirklich arme Klasse, die arbeitende Bevölkerung des Staates habe von der geplanten Reform gar keinen Vorteil, da 75 Proc. der Bevölkerung und mehr gar keine directen Steuern bezahlt, während im Reiche durch indirekte Besteuerung 400 Millionen, also über 8 Mark pro Kopf, gerade den Schultern der Schwäbischen aufgebürdet sind. Die Getreidezölle und die Einfuhrverbote drücken so schwer und erregten im Volke so viel Unzufriedenheit, daß hier Wandel geschafft werden müsse. Die Gefechtigung bewecke nach den Worten des Ministerpräsidenten, die Liebe zum Vaterlande zu stärken, deshalb müsse auch die Steuergefechtigung eine solche sein, daß sie nicht Unzufriedenheit hervorrufe, sondern die Gemüther versöhne. Mit warmen Worten trat auch er für die Selbststeinschätzung ein, da sie zur Hebung des ästhetischen und sittlichen Volksbewußtseins beitrage, aber zu acceptiren sei sie nur unter der Gewähr, daß ihre Resultate den Armen zu gute kommen.“

In Namen der freisinnigen Partei, daß die Partei der Steuerreform im allgemeinen sympathisch gegenüberstehe, daß die Partei aber die Quotifizierung auf das entschiedenste verlange. Die Regierungsvorlage, die Überschüsse vorerst in den Kassen zu legen, sei völlig unannehmbar, die Gerechtigkeit und Billigkeit verlange, daß nur so viele Steuern erhoben würden, als nothwendig seien, und jetzt handle es sich nicht um die Erzielung von Mehrerträgen, sondern um Ausgleich zwischen Wohlhabenden und Armeren innerhalb der Grenzen der bisherigen Summe.

Der Abg. Rickert erklärte zuletzt, daß er sich weitere Ausführungen, die er heute nur streife, der vorgerückten Zeit wegen ausspare und schloß mit der Berichtigung, daß seine Partei seit entschlossen sei, zum Heile des Vaterlandes an der Reform der Steuergefechtigung mitzuwirken.

Schon das Bild der ersten Verhandlung zeigt dem Lande, daß auf allen Seiten das erste Streben obwaltet, zusammen mit der Regierung sachgemäß zu verhandeln. Die wohlthätige Einigung, welche die Entlastung des früheren Ministerpräsidenten, des Fürsten Bismarck zur Folge hatte, mache sich ja auch hier geltend. Die Verhandlungen waren frei von persönlich gebliebenen Angriffen, wie sie früher Fürst Bismarck mit Vorliebe gegen die freisinnige Partei richtete.“

Schon jetzt steht also fest, daß die Erbschaftsteuervorlage in aller Güte begraben werden soll, daß ferner alle Parteien darin einig sind, eine Herabsetzung der Steuersätze für die mittleren Einkommen zu erstreben. Wir begrüßen dies mit großer Genugthuung. Wie es scheint, gibt sich auch der Finanzminister darüber keiner Täuschung hin, daß er in dieser Richtung Zusagen werde machen müssen, um das Gesetz zu Stande zu bringen. Daß dieses Ziel erreichbar ist, gilt nachgerade für sehr wahrscheinlich, obgleich die Commissionssverhandlungen noch manches ändern können. Die Commission wird vor allem auch das Veranlagungsverfahren gründlich prüfen und abändern müssen. Daß der conservative Herr v. Rauchhaupt, selbst ein Landrat, die Stellung des Landrats an der Spitze der Veranlagungskommissionen eifrigst verteidigte, kann nicht überraschen, vielleicht aber hat der Finanzminister sich bei dieser Gelegenheit des Wortes erinnert, daß die Freunde zweitens gefährlicher sind als die Feinde. Und hoffentlich gelingt es, zu erreichen, was auch Herr Rickert gestern als dringend nothwendig hinstellte: „der Landrat muß heraus aus der Veranlagungskommission!“

## Berufung des Reichstages.

Wie der Präsident der Arbeiterschutzcommission in der Schlusshaltung der ersten Lesung offiziell mittheilte, ist es nunmehr sicher, daß das Plenum des Reichstages zum 2. Dezember zusammenzurufen werden wird.

## Die Berathungen über das Arbeiterschutzgesetz.

Die zweite Lesung der Berathung über die Gewerbeordnungsnovelle in der Arbeiterschutzcommission wird am 1. Dezember beginnen. Bekanntlich lag es im Plane, nach Schlusshaltung der ersten Lesung der Arbeiterschutzcommission eine Subcommission niederzusetzen, welcher die Aufgabe einer Verständigung über die für die zweite

Lesung zu stellenden Anträge übertragen werden sollte. Die Niedersetzung dieser Subcommission, an der selbstverständlich alle Parteien hätten befreit sein müssen, ist in Folge eines in der Schlusshaltung der ersten Lesung erklärten Widerspruchs der Socialdemokraten unmöglich geworden. Die betreffenden Verhandlungen zwischen Vertretern der anderen Parteien werden in der zwischen der ersten und zweiten Lesung liegenden Zeit allerdings trotzdem geführt werden, dieselben werden nunmehr aber lediglich einen privaten Charakter tragen.

## Statistik über die Gewerbeverhältnisse Preußens.

Eine für die Kenntnis der Gewerbeverhältnisse Preußens bedeutsame Statistik ist in den Anlagen zu dem dem Landtage vorgelegten Gewerbesteuergesetzentwurf veröffentlicht worden. Man erkennt aus derselben sowohl die Vertheilung der einzelnen Gewerbszweige auf das ganze Land und auf die einzelnen Bezirke, wie auf die Städte und das ländliche Land, und ersieht ferner daraus die Wichtigkeit der Rolle, welche die einzelnen Bezirke im preußischen Gewerbeleben spielen. Von den 28,2 Millionen im Jahre 1885 gezählten Einwohnern Preußens sind im laufenden Jahre 865 940 zur Gewerbesteuer veranlagt worden. Davon betrieben Handel in bedeutenderem Umfang 6822 (5719 in den Städten und 1103 auf dem platten Lande), 135 229 Handel in mittlerem Umfang (98 976 bzw. 36 253), Handel in geringem Umfang 404 382 (212 408 bzw. 191 974), Handel mit gefüllten Getränken als Nebengewerbe 17 546 (12 789 bzw. 4757), die Gastr., Speise- und Schankwirtschaft 144 228 (63 521 bzw. 80 707). Die Zahl der durch die Handwerkssteuer besteuerten Gewerbebetriebe beträgt 129 218 (86 146 bzw. 43 069), die der besteuerten Fuhrleute 15 912 (12 273 bzw. 3 639) und die der besteuerten Schiffseigentümern 12 606 (4143 bzw. 8463). In den Städten liegt es demnach 495 975, auf dem platten Lande 369 965 Gewerbebesteuerspflichtige, oder es stehen 57,8 Prozent in den Städten 42,7 auf dem Lande gegenüber. Während somit der Unterschied in der Zahl der Gewerbebesteuerspflichtigen nicht groß ist, erweitert derselbe sich jedoch beträchtlich bei der Aufzehrung der Gewerbesteuer. Der Reinertrag der letzteren beträgt insgesamt 18 Millionen. Davon entfallen 13,9 Millionen oder 77,2 Prozent auf die cent auf das platten Land. Unter allen Bezirken nimmt Berlin die erste Stellung bezüglich der Höhe der aufgebrachten Gewerbesteuer mit 3,0 Millionen ein; der größte Theil der letzteren entfällt mit über 861 000 Mk. auf den Handel im mittleren Umfang. Erst in weitem Abstande folgt auf Berlin der Regierungsbezirk Düsseldorf mit in Stadt und Land aufgebrachten 1,45 Millionen. Den geringsten Gewerbesteuerauftrag mit 1,12 Millionen weist der Bezirk Aurich auf. Ihm folgt Cöslin mit 1,15 Millionen.

## Weltpostcongres.

Die Vorverhandlungen über den nächstjährigen Weltpostcongres, bezüglich deren vor kurzem der Chef der österreichischen Postverwaltung in Berlin eingetroffen war, sind abgeschlossen. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist die Eröffnung des Weltpostcongres in Wien auf den 20. Mai 1891 festgelegt und wird die Dauer der Berathungen auf etwa 6 Wochen veranschlagt. Der Congres wird verschiedene für den allgemeinen Weltverkehr wichtige Gegenstände berathen und es besteht die Aufficht, daß sich die australischen Colonien dem Weltpostverein anschließen werden. Auch die internationale möglichst gleichmäßige Organisation des Zeitungsdebites wird den Weltpostcongres beschäftigen, und man giebt sich der Hoffnung hin, daß die bezüglichen Vorschläge, welche auf einer im Sommer d. J. zu Brüssel stattgehabten Conferenz seitens des deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Belgien und Portugals ausgearbeitet wurden, die Annahme auf dem Congresse finden werden.

## Österreichisch-ungarische Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag.

Nach einer Meldung der Wiener „Presse“ sollte gestern im österreichischen Ministerium des Äußern eine Befreiung zwischen dem Sectionschef von Szögyenzi, dem Handelsminister Marquis de Bacquehem und dem ungarischen Handelsminister Baróth stattfinden zu neuerlichen Erörterungen der bevorstehenden Verhandlungen über den österreichisch-deutschen Handelsvertrag, da nunmehr die Vereinbarungen der jüngsten Zoll- und Handelskonferenz den Ministern zur Prüfung und Genehmigung vorliegen.

## Im böhmischen Landtage

hat gestern die Debatte über die Vorlage betreffend die Zweiteilung des Landeskulturrates begonnen. Der Berichterstatter der Minorität Dr. Julius Gregr erklärte, die Minorität habe alles aufgeboten, die Verhandlungen in der Commission zu verschließen und Abänderungen durchzuführen. Die Minorität beantragt Übergang zur Tagesordnung. Der Platz vor dem Landhause ist behördlich abgesperrt.

## Die Königin von Holland.

welche gestern von dem Premierminister Baron Macaya, den übrigen Ministern und dem Bürgermeister am Bahnhof empfangen, gegen Mittag im Haag eingetroffen und sofort in offenem Wagen im Palais gefahren war, begab sich um 1 Uhr mit dem üblichen Ceremoniell in die Generalstaaten, um den Eid als Regentin zu leisten. Auf dem Wege dorthin wurde die Königin von der dichtgedrängten Bevölkerung, dem Charakter der

bevorstehenden Feierlichkeit entsprechend, mit ehrfurchtsvollem Schweigen begrüßt. Bei der Eidesleistung in den Generalstaaten waren die Minister, die Mitglieder des Staatsrates, die Deputirten und die Senatoren versammelt, die Logen und Tribünen waren überfüllt. Die Oberhofmeisterin und zahlreiche Paladinen waren im Gefolge der Königin. Die Königin nahm auf einem reich geschmückten Sessel neben dem Throne Platz. Der Präsident hieß die Königin in diesem feierlichen und schmücklichen Augenblicke willkommen und erinnerte an die lange glückliche Regierung des Königs. Er betrachtete es als ein Licht in der Finsterniß, daß die geliebte Gemahlin des Königs, die aufopfernde Mutter der Thronfolgerin, den König vertreten werde. Das Volk und seine Vertretung schenkten der Regentin, gestützt auf deren hervorragende Eigenschaften, umbegreiften Vertrauen. Die Königin erhob sich hierauf, verlas die ganze Eidesformel mit seifer, bemühter Stimme, bei jedem Abschnitt die rechte Hand erhebend. Der Präsident dankte und erließ den göttlichen Segen über das königliche Haus, die Regentin und das Vaterland.

## Zur Ermordung des Generals Geliverstoff.

Der Leichnam des Generals Geliverstoff wurde gestern von Dr. Brouardel der geistlich vorgeschriebenen Untersuchung unterworfen. Es ergab sich, daß der General hinter dem Ohre von einer Kugel getroffen wurde, welche aus einer Entfernung von 15—20 Centim. gegen ihn abgefeuert worden ist. Das Leichenbegängnis des Generals dürfte morgen in der russischen Kirche der Rue Daru stattfinden. Der finnländische Diener des Generals befindet sich fortwährend in einer hochgradigen Aufregung.

Über die Persönlichkeit des mutmaßlichen Mörders Pablenki verlautet weiter, der selbe sei bereits wiederholt wegen sozialistischer Umrüte verurtheilt worden, einmal in Österreich und hierauf in Warschau, wo er im Gefängnis wahnhaft geworden sei.

Die Untersuchung in Angelegenheit der Ermordung des Generals Geliverstoff hat bisher noch zu keinem thaträlichen Ergebnis geführt. Aus einer an die Sicherheitspolizei gelangten Depesche scheint indessen hervorzugehen, daß die als Pablenki signifizirte Persönlichkeit Dienstag Abends die belgische Grenze passirt hat. Polizeiaußenstellen sind bereits nach Beladen bereit.

## Die Königinmutter Natalie von Serbien und ihr Sohn.

Es ist eine höchst eigenthümliche Situation, in welcher sich des Exkönigs Milan geschiedene Gemahlin Natalie befindet. Sie weiß zwar schon seit einem Jahre in Belgrad, darf aber mit ihrem einzigen Sohne, dem jungen König Alexander, nicht zusammen sein; nur von weitem ihn gelegentlich zu sehen, ist ihr vergönnt. Einen orientirenden Einblick in diese Lage der früheren Königin, deren selbstames Schicksal und noch immer glänzende Schönheit die einst ihr gezählten Sympathien in weiten Kreisen nicht verschwinden läßt, gewährt nun ein Artikel in dem Belgrader Blatt „Kale Novine“, welcher als von Natalien selbst hervorragend angesehen werden darf. Der Artikel tritt zunächst der Version entgegen, daß die Königin die Scheidung ihrer Ehe vor die Volksvertretung bringen wolle. Sie wisse sehr wohl, daß das Parlament in dieser Sache ganz incompetent sei. Was die Königin einzige und allein wolle, sei ihrem Sohn, den sie nur gelegentlich, wenn er zufällig vor ihren Fenstern vorbeifährt, sehen könne, an ihr Mutterherz drücken zu dürfen. Sie habe sich an die serbischen Volksvertreter wenden wollen, um sie zu fragen, ob sie, Königin Natalie, es verdient habe, daß man sie dieses einzigen Glückes beraube. Indessen habe die Regierung sich bemüht, die Königin von dieser Absicht abzubringen. Der stellvertretende Sectionschef im Ministerium des Äußern, Dr. Milovanovic, wurde beauftragt, die Königin umzusinnen und ihr zu eröffnen, daß andererfalls die Regierung sich genötigt sehen würde, alle Maßregeln zu ergreifen, um zu verhindern, daß die Sache in der Skupschina zur Verhandlung gelange. Die Königin habe erwidert, falls Regierung und Regentshaft ihr schriftliche Garantie geben, daß sie Sonn- und Feiertags den jungen König sehen könne, werde sie sich nicht an die Skupschina wenden. Die weiteren Ausführungen wenden sich energisch gegen die Meldung eines Wiener Blattes, des Inhaltes, daß die Königin eine Apanage gefordert habe. In Bezug hierauf wird daran erinnert, daß, als die Königin im Vorjahr nach Serbien zurückkehrte, der Regent, General Belimarkovic, ihr, nebst anderen Vortheilen, auch eine große Geldsumme anbot, falls sie Serbien verlassen wollte. Die Königin habe jedoch dies ausgeschlagen, mit der Begründung, daß die Finanzen des Landes nicht darnach seien. Sie besitze vollkommen hinreichendes Auskommen und würde eher wünschen, dem Lande geben zu können, als von demselben etwas zu nehmen. Auf demselben Standpunkte steht die Königin auch heute. Am Schluß des Artikels befindet sich folgendes, von der Königin am 2./14. November d. J. an den Ministerpräsidenten gerichtete Schreiben:

„Mein Herr! Es ist niemandem ein Geheimniß, daß die Mittheilungen an die „Neue Freie Presse“ aus Ihrem Ministerium stammen. Ich war sehr erstaunt, als ich das Telegramm vom 12. Nov. las. Wenn gesagt wird, daß ich um den Preis des Glücks, meinen Sohn Sonn- und Feiertags zu sehen, von der Krone an die Skupschina abstehen würde, so ist das vollkommen wahr, denn es ist das alles, was ich will; aber auch Geldfragen hier hineinsetzen wollen, ist eine Verleumdung, welche mit Stillschweigen zu übergehen, meine Ehre mir nicht gestattet. Sie wissen sehr wohl,

nicht bloß, daß ich niemals die geringste Apanage gefordert, sondern daß ich schon voriges Jahr Ihnen gegenüber erklärt habe, daß ich niemals einen Heller, sei es vom Vaterlande, sei es von der Civilistie, annehmen werde. Was meine Beschwerde an die Skupschitina betrifft, habe ich sie ganz allein, ohne irgend jemandes Beihilfe, redigirt, und wenn sie vorgetragen werden wird, wird man leicht meinen, daß erkennt, welcher, wie Ihnen bekannt ist, sein ganz persönliches Gepräge hat. Empfangen Sie ic. Natalie."

Nach neueren Berichten aus Belgrad hat sich indessen mittlerweile Natalie eines anderen befonnen und sich nur doch entschlossen, entgegen den Rathschlägen ihrer besten Freunde, ihre Angelegenheit vor die Skupschitina zu bringen.

Daraufhin hat ihr Sohn, der König Alexander, einen Brief an sie gerichtet, in welchem der junge König droht, daß er jeden Verkehr mit seiner Mutter Natalie abbreche, falls diese ihre Entscheidungsangelegenheit vor die Skupschitina brächte; die Königinmutter Natalie antwortete, daß sie mit der Berufung an die Volksvertretung ihr heiliges Recht ausübe. Falls der König Alexander seine Drohung ausführe, werde er die Achtung des Volkes und der civilisierten Welt verlieren. Auch Könige müßten ein Herz haben. Das Volk werde sagen: Ein König, der kein Herz für seine Mutter hat, kann auch kein Herz für uns haben.

Aber auch von Seiten des Ministerpräsidenten Gruic erfährt Natalie schroffen Widerspruch. Wie aus Belgrad von gestern telegraphisch gemeldet wird, hat Gruic an dieselbe ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen den Vorwurf Einspruch erhebt, er lasse über ihre Absichten, namentlich darüber, daß sie von der Skupschitina eine Apanage beanspruchen wolle, falsche Nachrichten verbreiten. Gruic erklärt, das Interesse des Königshauses erhebliche es, daß in Sachen der Entscheidung kein Appell an die Skupschitina ergehe; die Regierung werde einen solchen auch zu verhindern wissen. Schließlich constatirt der Ministerpräsident, daß sich die Königinmutter gegen alle Vermittelungsvorschläge ablehnend verhalten hat.

## Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 20. November.

Berathung des Einkommensteuergesetzes.

Minister Miquel: Wenn es gelungen ist, in der kurzen Zeit meiner Amtshälfte diese Steuerverformpläne aufzustellen und die einzelnen Gesetzentwürfe bis zur Vorlegung an den Landtag zu bringen, so habe ich das vor allem den vorsichtigen Vorbereitungen, namentlich in Betreff der Einkommensteuer, zu verdanken, welche ich im Finanzministerium vorfand, weiter der hingebenden Mitwirkung aller Räthe des Ministeriums, vor allem aber dem Generalsteuerdirektor Burghart. Die Reformbedürftigkeit unseres directen Steuersystems ist allgemein anerkannt. Die Klagen und Beschwerden beziehen sich nun vor allem auf die Ungleichheit in der Vertheilung der Staatslasten, viel weniger auf die Höhe der Last. (Sehr richtig!) Die bisherige Einkommensteuer genügt nicht das Vertrauen, daß sie gleichmäßigt wirkt. Eine solche Ungleichheit führt zur Niederlassung des geringeren und mittleren Einkommens und zu einer unberechtigten Beworzung der großen Einkommen. (Sehr richtig!) Noch mehr, sie macht einen Unterschied zwischen den sichtbaren und unsichtbaren Quellen, das Kapital, das nicht gesehen wird, wird in geringerem Verhältniß zur Steuer herangetragen als das sichtbare. Bezuglich der Gewerbesteuer werden die weiteren Verhandlungen zeigen, daß hier eine umgekehrte Progression stattfindet, daß der Procentzah der Steuer um so höher wird, je geringer das Erträgnis aus den Betrieben ist. Wir können Abhilfeschaffen, ohne das Steuersystem auf ganz neue Grundsteuern führen von selbst zu einer Unification der Alten- und Klassifizirten Einkommensteuer. Ebenso bleiben wir bei der Reform der Gewerbesteuer innerhalb der historischen Entwicklung. Die Erbschaftsteuer betrachten wir als eine nothwendige Ergänzung der Einkommensteuer. Wir bleiben auch hier innerhalb der historischen Entwicklung. Je schärfer gestaltet sich der Conflict mit dem System der Steuern auf Objekte. Bei uns in Preußen drängt alles auf die gefestigte Ausbildung der Personalsteuern, eine solche der Objektsteuern ist ausgeschlossen. Dem entspricht auch das vorgelegte Reformwerk. Ob die Objektsteuern verminder werden können, darüber muß jetzt nach sorgfamten Erwägungen entschieden werden. Ich glaube, bei dem Landtage wie bei der Regierung steht die Entscheidung hierüber schon fest. Alles drängt ja schon nach Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communen. Auch bei der Grund- und Gebäudesteuer herrschen große Ungleichheiten. Um diese zu befeitigen, kann man unmöglich nochmals mit einer Neu-Regulirung der Veranlagung experimentieren. Aber die Ungleichheiten der Grund- und Gebäudesteuer werden kleiner, wenn man diese Steuern kleineren Verbänden überweist. Auch entspricht das der ganzen Natur dieser Steuern. Daß die Überweisung der Grunsteuer an die Gemeinden jetzt noch nicht erfolgen kann, liegt in unseren Finanzverhältnissen. Der Finalabschluß des Jahres 1889/90 weist gegen den Staat einen Überschuss auf von 97 117 184 Mill. (Hört hört! links!) Aber woher röhrt dieser Überschuss? Aus Domänen, Forsten, direkten und indirekten Steuern, Bergwerken und vor allem aus den Eisenbahnen, bei letzteren allein 42—43 Mill. Mk. Auch die Dölle haben für Preußen 47 Mill. mehr aufgebracht, wogegen nur 24 Mill. Mk. Mehr-Überweisungen an das Reich zu erfolgen hatten. Das kann leicht zu dem Glauben verleiten, daß wir in Geld schwimmen. Aber wenn man einen Rückblick auf unsere Staatsgestaltung seit acht Jahren wirkt, so sieht man, daß der Staat über feste Einnahmen nur etwa in Höhe von 160 Mill. verfügt, ein sehr geringer Betrag gegenüber dem Gesamtmittel. Schon das nötigt zur Vorsicht. Auch unsere Staatschuld ist hoch, 5 Milliarden und 800 Millionen. Die Eisenbahnbücher haben seit 1882 betragen 1 782 840 000 Mk. Davon sind zur Verjüngung 1 158 Mill. Mk. verwandt worden, vom Reste 391 Mill. Mk. zur Schuldenentlastung und 233½ Mill. Mark elastomäßige Ausgaben. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat sich also in finanzieller Beziehung in glänzender Weise bewährt. Die Betriebsverwaltungen überwiegen bei uns in Preußen und deshalb ist die größte Vorsicht geboten, denn die Betriebsverwaltungen ergeben immer schwankende Ueberschüsse. Sie werden es deshalb begreiflich finden, daß die Regierung zwar nicht eine Vermehrung der Einnahmen vorgeschlagen hat, aber andererseits auch auf eine Verminderung der Einnahmen ohne jeden Ernst nicht eingehen kann. Die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden kann deshalb nicht eher vorgenommen werden, als bis die Ergebnisse der Einkommensteuerreform vorliegen. Es wird gesagt, die Reform der Communalsteuern sei dringender als die der Staatssteuern. (Zustimmung!) Aber die Reform der Communalsteuern ist nicht durchzuführen ohne Reform der Staatssteuern. Eine Reform der indirekten Steuern vor der Reform der directen ist ebenfalls nicht möglich. Denn die Ausgaben müssen geleistet werden, und den Finanzwissenschaften möchte ich zeigen, der wesentliche Ersparnisvorschlag hätte, (Zustimmung!) Eine neue Objektsteuer will die Regierung nicht schaffen; eine Kapitalrentensteuer ist berechtigt, so lange der Grun und Boden und das Gewerbe neben dem Einkommen allein besteuert werden von Staatswegen. Aber in dem Augenblick, wo wir die Objektsteuer vom Grun und Boden als Staatssteuer zu besteuern uns bemühen, wäre es falsch, eine neue Objektsteuer zu schaffen. — Redner geht sodann auf die bisherigen parlamentarische Geschichte der Declarationspflicht ein.

Schon dem vereinigten Landtage ist ein entsprechender Vorschlag durch Camphausen gemacht worden. So in allen anderen deutschen Staaten besteht die Declarationspflicht und hat sich bewährt. Sind wir in Preußen vielleicht weniger gewissenhaft, als in Baden, in Thüringen u. c. ? Goweit! Mildeungen des Zwanges möglichen sind, ohne die Sache selbst zu schädigen, bringt sie der Entwurf, indem er dem Steuerzahler Gelegenheit gibt, sich mit der Einführungskommission zu verständigen. Nicht bloß zahlen muß der Steuerzahler, sondern auch Unbequemlichkeiten sich gefallen lassen. Wie er dies im Kriege muß im Interesse des Staates, so soll er auch im Frieden diese Unbequemlichkeiten auf sich nehmen. Der Entwurf verwendet viel geringere Machtmittel an, als den Einführungskommissionen in einer Reihe anderer deutschen Staaten zustehen. Der Frage, ob die Regierung die Landräthe als Vorsitzende der Commission erheben soll durch andere Beamte, kann ich keine Bedeutung beimeissen, denn wo sind denn solche anderen Beamten? Lebensfalls muß der Vorsitzende der Commission ein Staatsbeamter sein, der die Interessen des Staates bewußt wahnt. Auch wegen der nothwendigen Gleichheit bei dem Veranlagungs-Versahren ist dies nötig. — Was die Frage der Steuerfreiheit der ehemals Reichsunmittelbaren betrifft, so ist die Regierung der Meinung, daß jede Steuerfreiheit heute nicht mehr auf völkerrechtlichen oder bündesrechtlichen Tesisen beruht. Die preußische Gesetzgebung ist in dieser Frage völlig frei. Auch liegt die Sache nicht für alle Bevölkerungen gleich. Wo aber solche Privilegien bestehen, kann deren Beseitigung nicht ohne Entschädigung erfolgen. Schwieriger ist die Frage der Besteuerung der Aktiengesellschaften, die bisher nicht vom Staat besteuert worden sind. Materiell liegt allerdings die Doppelbesteuerung vor, aber rechtlich nicht, denn die Aktiengesellschaft ist etwas anderes als der einzelne Actionär. Derartige materielle Doppelbesteuerungen gibt es auch schon; so besteuern ja die Communen die Aktiengesellschaften schon jetzt mit großem Vergnügen. Weshalb soll da der Staat davon Abstand nehmen. Auch die Gewerbesteuer bedeutet eigentlich eine Doppelbesteuerung. Die Besteuerung der Aktiengesellschaften gewährt außerdem den Vortheil, daß sie auch die ausländischen Actionäre trifft. Diese wie viele andere Fragen gibt die Regierung dem Hause nicht auf diese Ergebnisse. Wenn man die Gewerbetreibenden besonders besteuert, dann muß man auch die Kapitalrenten mit einer besondern Steuertreffe. Die Erbschaftssteuer ist doch kein Ersatz für die Kapitalrentensteuer, namentlich, wenn sie so niedrig ist, daß sie kaum fühlbar wird, und die Erbschaftssteuer trifft auch die Vermögensstücke, wie Grund und Boden und Gewerbetreibende, welche schon eine Aufschlagssteuer haben. Gut Ding will Weile haben, das haben wir bei der Einkommensteuer gesehen. Die Gewerbesteuer ist noch nicht reif. Ich betrachte den Entwurf nur als einen Ersatz, welcher dem Parlament Gelegenheit geben soll, seine Meinung zu äußern. Sehr bedenklich ist auch, daß die Überfälle der Einkommensteuer zu einem Fonds angehäuft werden sollen, wenn nicht durch den Staat anders verfügt wird. Das letztere ist schon sehr bedenklich. Noch bedenklicher ist aber, daß bis zur Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer dieser Fonds zur Erleichterung der Einkommensteuer verwendet werden soll. Darin wird ein Anspruch liegen, die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer nicht perfekt werden zu lassen. Ich glaube aber, dem Minister die Versicherung aussprechen zu dürfen, daß wir alles aufstellen werden, um das Ganze, nicht bloß das eine Gesetz fertig werden zu lassen. Ob das aber in diesem Jahre der Fall sein wird, möchte ich bezweifeln. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Vertragung wird gegen eine große Anzahl der Gegenstände abgelehnt.

Abg. Ritter: Die Reform der directen Steuern ist in Preußen eine dringliche. Sie ist seit einer Reihe von Jahren vom Abgeordnetenhaus verlangt worden, und obwohl alle Parteien bereitwillig mitgearbeitet haben, ist ein erhebliches Resultat bisher nicht zu Stande gekommen. Die Landgemeindeordnung war noch dringlicher. Wir haben das seiterliche Versprechen der Regierung von 1869, daß die Voraussetzung, von welcher die ganze Linie des Hauses ausgeht, als sie die Kreisordnung beschloß, nämlich, daß die Landgemeindeordnung unmittelbar darauf folgen würde. Sie ist noch nicht gegeben. Ich möchte von der Regierung Auskunft erbitten, wie sie über das Fortbestehen des Gesetzes denkt, denn sie hat darüber kein Wort gebracht. Ich warne die Herren, einem solchen Paragraphen zuzustimmen; denn ist das Geld einmal da, so wird auch die Ausgabe leicht gemacht. Dann hat das Haus es auch nicht mehr in der Hand, darüber zu bestimmen. Durch diese Clause beginnt sich das Haus der Mitwirkung bei der Verwendung der Steuern.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei der Erbschaftssteuer. Der Mehrertrag wird in den Motiven auf 3½ Mill. geschätzt. Es findet sich aber keine Anwendung darüber vor, was mit diesen 3½ Mill. geschehen soll. Sollen sie auch in den Kassen? Dazu sind wir in Preußen nicht reich genug. Ich bewillige keine Steuer, wenn sie nicht nötig ist. Würde es sich darum handeln, die Getreidezölle aufzuheben, die Viehzölle und noch einige andere Zölle, welche die ärmeren Volksmassen dringend nothwendig freilich, das konnten wir uns nicht denken, daß das Schulgeld, welches die Ausgaben aus dem Reich kommen würden, als die Matricularbeiträge betrügen, daß sie dann verwendet werden zur Entlastung der Einkommen bis 6000 Mk. Nach dem Portemonnaietgezetz könnten wir schon jetzt eine ganz erkleckliche Summe zur Erleichterung der Centisten bis 6000 Mk. verwenden. Ich möchte von der Regierung Auskunft erbitten, wie sie über das Fortbestehen des Gesetzes denkt, denn sie hat darüber kein Wort gebracht. Ich warne die Herren, einem solchen Paragraphen zuzustimmen; denn ist das Geld einmal da, so wird auch die Ausgabe leicht gemacht. Dann hat das Haus es auch nicht mehr in der Hand, darüber zu bestimmen. Durch diese Clause beginnt sich das Haus der Mitwirkung bei der Verwendung der Steuern.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei der Erbschaftssteuer. Der Mehrertrag wird in den Motiven auf 3½ Mill. geschätzt. Es findet sich aber keine Anwendung darüber vor, was mit diesen 3½ Mill. geschehen soll. Sollen sie auch in den Kassen? Dazu sind wir in Preußen nicht reich genug. Ich bewillige keine Steuer, wenn sie nicht nötig ist. Würde es sich darum handeln, die Getreidezölle aufzuheben, die Viehzölle und noch einige andere Zölle, welche die ärmeren Volksmassen dringend nothwendig freilich, das konnten wir uns nicht denken, daß das Schulgeld, welches die Ausgaben aus dem Reich kommen würden, als die Matricularbeiträge betrügen, daß sie dann verwendet werden zur Entlastung der Einkommen bis 6000 Mk. Nach dem Portemonnaietgezetz könnten wir schon jetzt eine ganz erkleckliche Summe zur Erleichterung der Centisten bis 6000 Mk. verwenden. Ich möchte von der Regierung Auskunft erbitten, wie sie über das Fortbestehen des Gesetzes denkt, denn sie hat darüber kein Wort gebracht. Ich warne die Herren, einem solchen Paragraphen zuzustimmen; denn ist das Geld einmal da, so wird auch die Ausgabe leicht gemacht. Dann hat das Haus es auch nicht mehr in der Hand, darüber zu bestimmen. Durch diese Clause beginnt sich das Haus der Mitwirkung bei der Verwendung der Steuern.

Abg. Reichsverger (Centr.) erklärt, daß er nur in seinem Namen, nicht in dem seiner Partei spreche. Ich will, daß die Regierung keine Sommersteuer einheitlich innerhalb der historischen Entwicklung. Das ist die Erbschaftssteuer betrachten wir als eine nothwendige Ergänzung der Einkommensteuer. Wir bleiben auch hier innerhalb der historischen Entwicklung. Je schärfer gestaltet sich der Conflict mit dem System der Steuern auf Objekte. Bei uns in Preußen drängt alles auf die gefestigte Ausbildung der Personalsteuern, eine solche der Objektsteuern ist ausgeschlossen. Dem entspricht auch das vorgelegte Reformwerk.

Ob die Objektsteuern verminder werden können, darüber muß jetzt nach sorgfamten Erwägungen entschieden werden. Ich glaube, bei dem Landtage wie bei der Regierung steht die Entscheidung hierüber schon fest. Alles drängt ja schon nach Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communen. Auch bei der Grund- und Gebäudesteuer herrschen große Ungleichheiten.

Um diese zu befeitigen, kann man unmöglich nochmals mit einer Neu-Regulirung der Veranlagung experimentieren. Aber die Ungleichheiten der Grund- und Gebäudesteuer werden kleiner, wenn man diese Steuern kleineren Verbänden überweist. Auch entspricht das der ganzen Natur dieser Steuern. Daß die Überweisung der Grunsteuer an die Gemeinden kann deshalb nicht eher vorgenommen werden, als bis die Ergebnisse der Einkommensteuerreform vorliegen. Es wird gesagt, die Reform der Communalsteuern sei dringender als die der Staatssteuern. (Zustimmung!) Aber die Reform der Communalsteuern ist nicht durchzuführen ohne Reform der Staatssteuern. Eine Reform der indirekten Steuern vor der Reform der directen ist ebenfalls nicht möglich. Denn die Ausgaben müssen geleistet werden, und den Finanzwissenschaften möchte ich zeigen, der wesentliche Ersparnisvorschlag hätte,

wenn man die Einkommensteuer nicht erhöht, sondern nur die Gewerbesteuer erhöht, um soviel zu entlasten, daß die Einkommensteuer nicht erhöht wird. Ich möchte von der Regierung Auskunft erbitten, wie sie über das Fortbestehen des Gesetzes denkt, denn sie hat darüber kein Wort gebracht. Ich warne die Herren, einem solchen Paragraphen zuzustimmen; denn ist das Geld einmal da, so wird auch die Ausgabe leicht gemacht. Dann hat das Haus es auch nicht mehr in der Hand, darüber zu bestimmen. Durch diese Clause beginnt sich das Haus der Mitwirkung bei der Verwendung der Steuern.

Abg. Ritter: Die Reform der directen Steuern ist in Preußen eine dringliche. Sie ist seit einer Reihe von Jahren vom Abgeordnetenhaus verlangt worden, und obwohl alle Parteien bereitwillig mitgearbeitet haben, ist ein erhebliches Resultat bisher nicht zu Stande gekommen. Die Landgemeindeordnung war noch dringlicher. Wir haben das seiterliche Versprechen der Regierung von 1869, daß die Voraussetzung, von welcher die ganze Linie des Hauses ausgeht, als sie die Kreisordnung beschloß, nämlich, daß die Landgemeindeordnung unmittelbar darauf folgen würde. Sie ist noch nicht gegeben. Ich möchte von der Regierung Auskunft erbitten, wie sie über das Fortbestehen des Gesetzes denkt, denn sie hat darüber kein Wort gebracht. Ich warne die Herren, einem solchen Paragraphen zuzustimmen; denn ist das Geld einmal da, so wird auch die Ausgabe leicht gemacht. Dann hat das Haus es auch nicht mehr in der Hand, darüber zu bestimmen. Durch diese Clause beginnt sich das Haus der Mitwirkung bei der Verwendung der Steuern.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei der Erbschaftssteuer. Der Mehrertrag wird in den Motiven auf 3½ Mill. geschätzt. Es findet sich aber keine Anwendung darüber vor, was mit diesen 3½ Mill. geschehen soll. Sollen sie auch in den Kassen? Dazu sind wir in Preußen nicht reich genug. Ich bewillige keine Steuer, wenn sie nicht nötig ist. Würde es sich darum handeln, die Getreidezölle aufzuheben, die Viehzölle und noch einige andere Zölle, welche die ärmeren Volksmassen dringend nothwendig freilich, das konnten wir uns nicht denken, daß das Schulgeld, welches die Ausgaben aus dem Reich kommen würden, als die Matricularbeiträge betrügen, daß sie dann verwendet werden zur Entlastung der Einkommen bis 6000 Mk. Nach dem Portemonnaietgezetz könnten wir schon jetzt eine ganz erkleckliche Summe zur Erleichterung der Centisten bis 6000 Mk. verwenden. Ich möchte von der Regierung Auskunft erbitten, wie sie über das Fortbestehen des Gesetzes denkt, denn sie hat darüber kein Wort gebracht. Ich warne die Herren, einem solchen Paragraphen zuzustimmen; denn ist das Geld einmal da, so wird auch die Ausgabe leicht gemacht. Dann hat das Haus es auch nicht mehr in der Hand, darüber zu bestimmen. Durch diese Clause beginnt sich das Haus der Mitwirkung bei der Verwendung der Steuern.

Abg. Reichsverger (Centr.): Die Vorlage der Regierung ist ein Abschluß einer langjährigen Arbeit, an welcher die conservativen Partei eifrigst mitgearbeitet hat. Die Vorlage entspricht in den meisten Punkten dem Programm der conservativen Partei. An die Commissionsarbeiten von 1883 lehnt sich die jetzige Vorlage an. Das ist eine Anerkennung für die treue Arbeit der conservativen Partei (Beifall rechts.) Im ganzen stimmen wir mit der Regierungsvorlage überein. Wir wollen die Einkommensteuer zur Hauptträgerin der Steuerlast machen. Die Einkommensteuer gibt die Möglichkeit der Individualisierung, während die Erbsteuer diese nicht zuläßt. In Bezug auf die jetzige Art der Einführung und die dabei eintretenden Hinterziehungen der Steuern verweise ich auf die Broschüre des Rechtsanwalts Heinrich, welcher die Verhältnisse der Rechtsanwalts Heinrich, in welcher er lebt, schildert und dabei zu dem Schlusse kommt, daß höchstens der halbe Steuerzahler gezahlt wird. Die Erfahrungen mit der Declaration kann ich in meinem Wohnorte bezüglich Sachsen und Anhalts aus nächster Nähe beobachten. In den ersten Jahren hat die Bevölkerung schwer gegen die Declaration gekämpft, aber man hat sich jetzt daran gewöhnt. Die Declaration soll jetzt volzogen werden durch die Orts-, Kreis- und Bezirkskommissionen. Wir sind damit einverstanden, daß das Material in den Gemeinden zusammengetragen und der Kreiscommission überreicht wird. Aber kommen wir nicht dabei in die Gefahr, daß in den 500 Kreisen nach ganz verschiedenen Grundsätzen versfahren wird? Wird die Ernennung von Mitgliedern seitens des Finanzministers ein genügendes Correcit sein? Der politische Einfluss des Landrats wird überschätzt; ihm fällt wohl das Odium der Einrichtung zu; er muß während des ganzen Jahres arbeiten, um das Material für die Einführung in Ordnung zu halten. Anerkennen müssen wir, daß abgesehen von einzelnen Bedenken, der Entwurf erhebliche Verbesserungen

bringt, namentlich die Besteuerung der Ausländer, die Besteuerung der Aktiengesellschaften und die Steuererleichterung für kinderreiche Familien. Erhebliche Bedenken habe ich aber gegen die Skala der Steuersätze; sie ist begreiflich von 10 000 Mk. abwärts und läßt es bei den Säcken von 3 v. H. Ist es richtig, daß in einer Steuervorlage, welche Erleichterungen herbeiführen soll, die Einkommen zwischen 3000 bis 9000 Mk. höher belastet werden? Ich bin nicht für progressive Einkommensteuer, aber etwas höher als 3 v. H. wird man gehen können bei allen Einkommen, welche mehr geben, als einen reichen Lebensunterhalt. Ich bedauere, daß die Regierung einen Beschluß der früheren Commission des Hauses nicht aufrechterhalten hat. Es war im Anschluß an die damalige Regierungsvorlage beschlossen worden, daß eine Erhöhung der Steuer bis auf die Hälfte möglich sei bei Einkommen zwischen 800 und 10 000 Mk. bei beeinträchtigter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Jetzt wird eine so erhebliche Erhöhung nicht möglich sein, sondern nur die Heraufsetzung um eine oder zwei Steuerzölle. In Bezug auf das sundire Kapital kann ich eine besondere Besteuerung nur empfehlen. Die Vorlagen sind in dieser Beziehung aber nicht klar. Die Entwicklung geht dahin, daß die Ertragsteuer zurückgedrängt werden. Die Grundsteuer soll erst dann den Gemeinden überwiesen werden, wenn die Ergebnisse der Einkommensteuer sich übersehen lassen. Aber bei der Gewerbesteuer market man nicht auf diese Ergebnisse. Wenn man die Gewerbetreibenden besonders besteuert, dann muß man auch die Kapitalrenten mit einer besondern Steuertreffe. Die Erbschaftssteuer ist doch kein Ersatz für die Kapitalrentensteuer, namentlich, wenn sie so niedrig ist, daß sie kaum fühlbar wird, und die Erbschaftssteuer trifft auch die Vermögensstücke, wie Grund und Boden und Gewerbetreibende, welche schon eine Aufschlagssteuer haben. Gut Ding will Weile haben, das haben wir bei der Einkommensteuer gesehen. Die Gewerbesteuer ist noch nicht reif. Ich betrachte den Entwurf nur als einen Ersatz, welcher dem Parlament Gelegenheit geben soll, seine Meinung zu äußern. Sehr bedenklich ist auch, daß die Überfälle der Einkommensteuer zu einem Fonds verwendet werden soll. Darin wird ein Anspruch liegen, die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer nicht perfekt werden zu lassen. Ich glaube aber, dem Minister die Versicherung aussprechen zu dürfen, daß wir alles aufstellen werden, um das Ganze, nicht bloß das eine Gesetz fertig werden zu lassen. Ob das aber in diesem Jahre der Fall sein wird, möchte ich bezweifeln. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Vertragung wird gegen eine große Anzahl der Gegenstände abgelehnt.

Abg. Ritter: Die Reform der directen Steuern ist in Preußen eine dringliche. Sie ist seit einer Reihe von Jahren vom Abgeordnetenhaus verlangt worden, und obwohl alle Parteien bereitwillig mitgearbeitet haben, ist ein erhebliches Resultat bisher nicht zu Stande gekommen. Die Landgemeindeordnung war noch dringlicher. Wir haben das seiterliche Versprechen der Regierung von 1869, daß die Voraussetzung, von welcher die ganze Linie des Hauses ausgeht, als sie die Kreisordnung beschloß, nämlich, daß die Landgemeindeordnung unmittelbar darauf folgen würde. Sie ist noch nicht gegeben. Ich möchte von der Regierung Auskunft erbitten, wie sie über das Fortbestehen des Gesetzes denkt, denn sie hat darüber kein Wort gebracht. Ich warne die Herren, einem solchen Paragraphen zuzustimmen; denn ist das Geld einmal da, so wird auch die Ausgabe leicht gemacht. Dann hat das Haus es auch nicht mehr in der Hand, darüber zu bestimmen. Durch diese Clause beginnt sich das Haus der Mitwirkung bei der Verwendung der Steuern.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei der Erbschaftssteuer. Der Mehrertrag wird in den Motiven auf 3½ Mill. geschätzt. Es findet sich aber keine Anwendung darüber vor, was mit diesen 3½ Mill. geschehen soll. Sollen sie auch in den Kassen? Dazu sind wir in Preußen nicht reich genug. Ich bew

beweglichen Factors gerade war es, der allein die Schuld trug, daß die preußische Steuerreform zurückblieb. — Die Entlastung ist bei der Klassensteuer minimal. Der Ausfall wird im ganzen 120000 Mk. betragen. Er wird aber reichlich aufgehoben durch die strengere Einführung; es kommt aber sogar ein Plus heraus. Auch die mittleren Einkommen sind zu hoch besteuert. Man glaubt, die Leute mit Einkommen über 3000 Mk. sind äußerst wohhabend, aber gerade diese Familien, meistens Beamtenfamilien, haben durch die Lebensmittelsteuerung viel zu leiden gehabt. Hier muß die bessere Hand angelegt werden. Auch mit der Skala bin ich nicht ganz einverstanden, ich halte die Zwischenräume für zu klein. Es ist oft ganz unmöglich, das Einkommen so genau abzuführen. Die Regierung wird sich die Einführung der Selbstdeclaration bedeutend erleichtern, wenn sie größere Zwischenräume namentlich bei den größeren Einkommen feststellt; es wird auch wesentlich zur Verhinderung der Censiten dienen. Ich halte bei dieser Gelegenheit auch eine Veränderung des Wahlrechts für unerlässlich. Wir müssen dahin dringen, daß das Reichstagswahlrecht auch für die Wahlen zum preußischen Landtag gilt. (Widerspruch rechts.) Für die Dauer sind derartige Wahlrechte neben einander unhaltbar. Jedenfalls aber müssen wir dafür sorgen, daß eine Verhinderung des Wahlrechts der wenig vermögenden Klassen nicht stattfinde. Wir haben hier ein Mittel in der Hand, die Berechtigungen, welche früher stattgefunden haben, wegzumachen, damit eine größere Anzahl von Wählern in die zweite und eine geringere in die dritte Abteilung kommt. Was die Reichs-unmittelbaren angeht, so meine ich, daß in Verfassungsstaaten derartige Privilegien nicht bestehen dürfen. Die Herren hätten schon längst auf ihr Privilegium odiosum verzichten sollen, für das ein Rechtsanspruch nicht vorhanden ist. Eine Entschädigung für die Aufhebung des Privilegums zu geben, liegt kein Grund vor, man würde damit das Volksgefühl verleihen. Ich bin überzeugt, daß die Herren es garnicht annehmen würden, wie denn sogar sich bereits Freiwillige zur Besteuerung gemeldet haben. Für den Erfolg der Vorlage ist die Art der Verantragung von großer Bedeutung. Bei Fehlgriffen der betreffenden Behörde wird das Gesetz nicht populär werden können. Ich habe auch das Vertrauen, daß die deutschen Censiten ihrer Pflicht gemäß sich richtig einschätzen werden, und meine überhaupt, daß die ganze Durchführung des Gesetzes von der bereitwilligen Mitwirkung der Censiten abhängt. Aber das hier vorgeschlagene Verfahren hat in der That eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Strafprozeß. Der Censit erscheint wie ein Angeklagter. Ich verlange nicht, daß man sanft mit denjenigen, die sich einer dolosen Hinterziehung schuldig gemacht umgehe, aber ein derartiges Inquisitionsverfahren halte ich nicht für gerechtfertigt. Man kann doch unmöglich der Behörde das Recht zugestehen, einfach die Angaben der Censiten zu ignorieren. Um so weniger ist ein so weitgehendes Recht zu lassen, als die Commissionen durchaus noch nicht die nötige Schulung haben, mit den Censiten in richtiger Weise umzugehen.

Ebenso bedenklich sind die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Einschärfungskommission. Es ist ganz undenkbar, daß man der Regierung zugesetzen soll, die Hälfte der Mitglieder der Commission nach Belieben zu ernennen. Ganz unerklärlich ist es mir, warum hr. v. Rauchhaupt den Landrat bei der Einschätzung haben will. Wie soll er die Arbeit bei der Masse der Geschäfte bewältigen? Neben dem Staatskommissar würde er eine sehr unfehlige Figur spielen. Dazu kommt, daß der Landrat ein politischer Beamter ist, wir aber wollen unpolitische Beamte haben. Nehmen Sie ihm dieses Odium. Nun sagt der Finanzminister, wir haben keine Beamten. Sie brauchen gar keine Beamten. Sie können ja andere Leute nehmen. Im Übrigen glaube ich, die Fähigkeit, Beamte zu finden, wird die Regierung hier wie anderwärts auch sehr gut bewahren. In den Motiven heißt es, die Regierung verlangt eine gründliche Vorbereitung zur Verantragung durch gut geschulte Beamte, die ihre Kräfte möglichst allein darauf verwenden können. Das kann doch nicht der Landrat sein, der hat doch andere Dinge zu thun.

Wir werden den Reformen nur dann freundlich gegenüberstehen, wenn die konstitutionellen Bedingungen erfüllt werden, daß bei einer Finanzlage wie der heutigen kein Pfennig mehr bemüht wird, denn das wäre das Unverantwortlichste von allem. Die Tendenz der Vorschläge, die Schwächen zu entlasten, erkennen wir aus wärme an, aber die einzige wirksame Finanzpolitik zur Durchführung einer wirklichen Entlastung sehen wir nur in der Aufhebung der Lebensmittelzölle, in einer Anerkennung der seit 1879 inaugurierten Wirtschaftspolitik. Wir sind ganz einverstanden mit dem Ministerpräsidenten, wenn er meinte, die Schäden müßten von innen heraus geholt werden. Es kommt darauf an, daß alle Glieder des Staates von der Überzeugung getragen werden, daß Gerechtigkeit besteht und namentlich auch in der Besteuerung, daß Raum sei für eine jede ehrliche Überzeugung, zu wirken für das Wohl des Staates. Die Lage der alten, verbrauchten Staatsweise, die nur mit Diplomatie, Polizei, Bureaucratie und Bevormundung auszukommen wußte, sie sind vorüber und können nunmehr wiederkehren. Wir accipitern das Programm, das der Ministerpräsident aufgestellt hat, daß die Gesetze berichtig gestaltet sein sollen, daß sich die Liebe der Staatsangehörigen zu dem Staatswesen feststelle, kräftig und belebt. Dazu gehört auch eine Steuergesetzgebung, welche die Zuversiedenheit im Lande, welche das Bewußtsein hervorruft, daß ausgleichende Gerechtigkeit herrscht. Der frühere Reichskanzler hat uns einmal vorgeworfen, daß die Opposition ein Bedürfnis nach Unzufriedenheit habe. Noch niemals ist eine so ungerechte Anklage gegen die Opposition erhoben (Widerspruch rechts), wie diese. Wenn wir einen Bedarf an Unzufriedenheit hätten, dann hätten wir nicht gewarnt vor jener Zoll- und Steuerpolitik vor anderen Maßregeln, von denen sich schon herausgestellt hat, daß sie nicht zum Heil des Vaterlandes dienen. (Unruhe rechts.) Wir leugnen jedes Bedürfnis nach Unzufriedenheit. Allein das Bedürfnis haben wir, unsere Pflichten als Volksvertreter ernst zu nehmen und die Vorlagen daraufhin zu prüfen, ob sie geeignet sind, die Liebe zum Vaterland zu kräftigen. Diesem Programm werden wir treu bleiben, wie man auch über uns denken möge. Wir streiten nicht mit Ihnen, ob alter oder neuer Urs — das sind für uns gleichgültige Redensarten. Wir sind bereit mitzugehen, wenn Sie vorwärts gehen, rückwärts nicht einen Schritt. (Lebhafte Beifall links.)

Herauf wird die weitere Berathung auf Freitag verlängert.

### Deutschland.

**L. Berlin, 20. November.** Die Reichstags-Commission für die Gewerbenovelle hat heute die erste Lestung der Vorlage beendet. Die zweite Lestung beginnt am 1. Dezember. Die Weiterberatung des § 153 führt zur Ablehnung der Regierungs-Vorlage und damit aller weiteren Beschränkungen des Coalitionsrechts. Die Ablehnung erfolgte mit 16 gegen 10 Stimmen der Conservativen und Nationalliberalen. Der (gestern erwähnte) Antrag Gusslech, der auch diesen bestrafen will, die Arbeiter zu bestimmen verfügen, von Coalitions zurückzuhalten, wird von dem Handelsminister für unannehmbar erklärt, weil er zu einer Unterstellung der Lohnkämpfe unter den Strafrichter führe, und gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt. § 155 wird dahin abgeändert, daß die Befreiung der Fabrikinspectoren auch für die unter Reichs- oder Staatsverwaltung stehenden Betriebe erhalten bleibt. Der Einführungstermin des Gesetzes bleibt vorbehalten.

**\* Berlin, 20. Novbr.** Der Bundesrat hat in einer heutigen Sitzung den Ausschlußberichten über

die Gesetzentwürfe betreffend die Feststellung des Reichshaushalts für 1891/92 und betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke des Reichsheeres und der Marine, sowie den Ausschlußberichten über eine Verordnung betreffend die Inkraftsetzung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes und über den Gesetzentwurf betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem deutschen Reich — die Zustimmung ertheilt.

\* [Betreffend der Reform der Personentarife] sind Verhandlungen zwischen den deutschen Staatsseisenbahnverwaltungen zu erwarten. Hierzu hat, wie die „Allg. Ztg.“ hört, die General-Direction der königlich bairischen Staatsseisenbahnen die Annahme folgender Einheitssätze für den Personenkilometer in Vorschlag gebracht:

1. Klasse. 2. Klasse. 3. Klasse.  
Schnellzüge : . . . 7 45 3 Pf.  
Personenzüge : . . . 6 3,5 2 "

Ermäßigte Retour-, Rundreise-, Abonnements-, Badebillets u. dergl. würden für die Folge in Wegfall kommen.

Die Bildung von Entfernungszonen ist nicht in Aussicht genommen.

\* [Der neue Vertrag der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft mit der Reichsverwaltung] wird in seinem Wortlaut in der „Magd. Ztg.“ veröffentlicht. Derselbe hat folgenden Inhalt:

Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft verpflichtet sich, bis zum 28. Dezember 1890 eine Summe von 4 Millionen Mark aufzubringen zu der bekannten Absindung des Sultans von Janibar. Die Gesellschaft verpflichtet sich, eine Anleihe im Gesamtbetrag von 10556000 Mk. zu schaffen. Daraus werden die obigen 4 Millionen bestritten, eine Belohnung der Höhe ausgeführt und Beleuchtungsanlagen bis zu 250000 Mk. gemacht. Hiermit muß am 1. April 1891 begonnen sein. Eine Verwendung des Erlöses muß, sofern die Verwendung sich nicht innerhalb dieser Zweckbestimmung hält, auf Verlangen der kaiserlichen Regierung unterbleiben. Die Verwendung muß innerhalb der ersten 10 Jahre erfolgen, soweit die kaiserliche Regierung eine Verlängerung nicht eintreten läßt. Die Anleihe soll ausgegeben werden in 5prozentigen Papieren, welche halbjährlich mit 0,3257 Prozent ihres Nennbetrages zugleich der ersparten Zinsen zu amortisieren und zum Course von 105 Prozent rückzahlbar ist. Die Regierung übernimmt die Verwaltung des Küstengebietes und dessen Zubehörungen, der Insel Mafia, sowie des Schutzgebietes. Ihr stehen die Kolonialminen sowie die etwa zur Erhebung gelangenden Steuern und sonstigen öffentlichen Gefälle zu. Gegenüber verpflichtet sich die Regierung, zum Zwecke der Vergütung und Amortisation der Anleihe von den von der Regierung vereinbarten Brutto-Zoll-Erträgen der Ein- und Ausfuhr in das Küstengebiet beziehungsweise aus denselben ohne jeden Abzug und ohne jede Aufrechnung unter allen Umständen den Jahresbetrag von Sechshunderttausend (600000) Mark zu zahlen. So lange diese Verpflichtung dauert, wird die Regierung keine Aenderung der Zollsätze eingreifen lassen, sofern eine solche Aenderung das Aufkommen eines Brutto-Zoll-Erträgnisses von mindestens 600000 Mark jährlich gefährdet. Falls in einem Jahre oder in einer Mehrheit von Jahren der für den Dienst der Anteile erforderliche Betrag von 600000 Mark durch die Brutto-Erträgnisse der Zölle nicht erbracht werden sollte, ist die Differenz aus den den Betrag von 600000 Mk. überschreitenden Erträgnissen späterer Jahre nachzuholen. Die Regierung trifft der Gesellschaft für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Schutzbüroes das ausreichliche Recht auf den Eigentumserwerb durch Ergreifung des Besitzes (Occupationsrecht) an herrenlosen Grundstücken und deren unbeweglichen Zubehörungen, vornehmlich also auch das Occupationsrecht an Wäldern ab, jedoch mit dem Vorbehalt a) der wohlerworbenen Rechte Dritter an vergleichlichen herrenlosen Grundstücken; b) des Rechts der kais. Regierung, herrenlose Grundstücke, insoweit solche nach ihrem Ermessens zu öffentlichen Bauten im Interesse der Verwaltung und der Sicherung des Küstengebietes und des Schutzgebietes erfordernt werden, durch Occupation für das Reich zu Eigentum zu erwerben; c) des Rechts der kais. Regierung, für die Ausnutzung der Wälder auch für die Gesellschaft verbindliche Gesetze und Verordnungen im Interesse der Landes- und Forstcultur zu erlassen. Ebenso werden der Gesellschaft für die Gewinnung von Mineralien und für den Bau von Eisenbahnen Vorechte ertheilt. Auch wird der Gesellschaft das Recht der Errichtung einer Bank mit dem Privilegium einer Ausgabe von Noten ertheilt. Die Gesellschaft verbleibt im Besitz der ihr zur Zeit des Vertragschlusses zu stehenden Befugnisse, Kupfer- und Silberminen, welche an den öffentlichen Rassen des Küstengebiets, dessen Zubehörungen und der Insel Mafia, sowie des Gebietes des Schutzbüroes in Zahlung genommen werden müssen, zu prägen und auszugeben. Vor dem Erlass von Gesetzen und Verordnungen für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Schutzbüroes wird die kaiserliche Regierung die Gesellschaft zur gefülligen Ausübung auffordern, sofern nicht die Dringlichkeit des Falles eine Abweichung von der Regel erheischt. — Das Uebereinkommen gilt bis nach Tilgung der Anleihe.

Der obige Vertrag ist der „Post“ zufolge am Donnerstag Nachmittag in einer Generalversammlung der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft genehmigt worden, ebenso die Aufnahme einer Anleihe von 10556000 Mark. Der „Kreuzig.“ zufolge soll der Director der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, Consul Böhl, seinen Posten niedergelegen beabsichtigen, weil nach dem obigen Vertrage die Vollerhebung an der Küste von der Gesellschaft auf das Reich übergeht.

**Coburg, 20. Nov. Der Herzog von Coburg** ist gestern nach Gotha gereist.

**Strasburg i. E., 20. Novbr.** Der Unterelsasser Bezirkstag hat die zwölf ausscheidenden Mitglieder des Landesausschusses wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Barons Bulach Vater den Landrichter Fürst neu gewählt. (W. L.)

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 20. Nov.** Im Abgeordnetenhouse ist mit Rücksicht auf die zur Zeit stattfindenden wichtigen Verhandlungen betreffend den österreichisch-ungarischen Biehport ins Ausland an Stelle der Verathung des Thiereuchengesetzes der Antrag Rofer wegen Errichtung eines Gesundheitsamtes nach dem Muster des Berliner Gesundheitsamtes auf die Tagesordnung der ersten Sitzung gesetzt worden. (W. L.)

### Frankreich.

**Paris, 20. November.** Der Ministerpräsident Freycinet hat formell seine Candidatur für den in der Akademie durch den Tod Emil Augiers erledigten Sitz angemeldet. (W. L.)

**Bordeaux, 20. Novbr.** Capitän Trivier trat heute seine kommerzielle Mission nach Südafrika an. (W. L.)

### England.

**London, 20. November.** Der Ire Davitt erklärt in einem Artikel seines Journals „Labour world“, der Ausgang des Entscheidungsprozesses O’Shea erheische den Rückzug Parnells. Parnell müsse sich aus dem politischen Leben zurückziehen, damit die Sache des irischen Home Rule nicht den schwersten Schaden nehme. (W. L.)

Die Gesetzentwürfe betreffend die Feststellung des Reichshaushalts für 1891/92 und betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke des Reichsheeres und der Marine, sowie den Ausschlußberichten über eine Verordnung betreffend die Inkraftsetzung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes und über den Gesetzentwurf betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem deutschen Reich — die Zustimmung ertheilt.

### Italien.

**Rom, 20. Novbr.** Ministerpräsident Crispi ist hierher zurückgekehrt. — Großfürst Paul und die Großfürstin Alexandra sind gestern Abend in Brindisi eingetroffen und seither alsbald die Reise nach Wien fort. (W. L.)

### Portugal.

**Lissabon, 20. November.** Das amtliche Blatt „Dario“ veröffentlicht vier Decrete, deren hauptsächlichste Bestimmungen den Transitverkehr zwischen der Mündung des Pungwe und der englischen Einflusssphäre in Ostafrika gegen Zahlung einer Abgabe von 3 Proc. des Wertes der Waaren bewilligen und die freie Schiffahrt auf dem portugiesischen Theile des Jambe und des Shireflusses für alle Nationen verkünden.

### Brasilien.

**Rio de Janeiro, 20. Nov.** Die Regierung hat das Verbannungsdecreto gegen den früheren Minister Dom Pedro, Vicomte Uropreto, sowie gegen den früheren Präsidenten der Provinz Rio, Afonso, und den vormaligen Präsidenten der Provinz Rio Grande, Silveiro Martins, widerrufen.

### Amerika.

\* Aus Buenos-Aires hier eingetroffene Nachrichten bezeichnen die Gerüchte, daß der Präsident Dr. Pellegrini zurücktreten beabsichtige, als unbegründet. (W. L.)

### Von der Marine.

\* Durch Cabinetsordre vom 18. November sind die Übungsschiffe Segelsfregatte „Nobis“ und die Segelbrigge „Rover“, sowie der Aviso „Falk“ aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichen worden. „Nobis“ (Cabinet-Schulschiff) und „Rover“ (Schiffjungen-Schulschiff) waren s. j. in England angekauft und standen seit über 25 Jahren als Übungsschiffe im Dienst unserer Marine. Im letzten Sommer machten beide in unseren nordischen Gewässern ihre letzten Reisen.

\* Der Capitän zur See Thomae, Inspecteur der Marine-Artillerie, ist zum Contre-Admiral ernannt, der Capitän z. S. v. Habsburg auf sein Abschiedsgebot mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt, dem Corvetten-Capitän Kelch der erbetene Abschied mit Pension bewilligt, die Capitän-Lieutenants Hüpeden und Schulz sind mit Pension zur Disposition gestellt und zu Navigationssdirektoren der kaiserlichen Werften zu Kiel und Wilhelmshaven ernannt worden.

**Am 22. Novbr.: Danzig, 21. Nov. M.-A. Ztg. S. A. 7.42. II. 3.50.** Wetteraussichten für Sonnabend, 22. Novbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Veränderlich, Niederschläge; stark windig. Sturmwarnung für die Gezeigete. Temperatur wenig verändert.

**Für Sonntag, 23. November:** Bedeutend, milde, feucht. Niederschläge; starker Wind. Sturmwarnung.

**Für Montag, 24. November:** Meist bedeckt, starker Wind, ziemlich milde; Niederschläge. Sturmwarnung. Vielsach Nebel.

**Für Dienstag, 25. November:** Stark wolzig ohne erhebliche Niederschläge; stark windig, milde. Vielsach Nebel.

\* Kaiserin Friedrich begeht heute ihren 50. Geburtstag. Zum ersten Male, seit sie den Titel Kaiserin führt, ist der Tag auch für die schwer geprüfte Fürstin wieder ein feierlicher, durch ein frohes Ereignis am Kaiserhofe verklärt. Auch in unserer Stadt beginnt man den heutigen Tag durch Flaggenstumpf der öffentlichen und vieler Privathäuser. Das Militär zog in Parade auf und aus Anlaß der Rekruten-Dereidigung fand zugleich Festgottesdienst in beiden Garnisonkirchen statt, zu welchem die Truppenteile mit Musik und Fahnen Morgens gegen 8 und Vormittags gegen 10 Uhr aufmarschierten. Ebenso werden der Gesellschaft für die Gewinnung von Mineralien und für den Bau von Eisenbahnen Vorechte ertheilt. Auch wird der Gesellschaft das Recht der Errichtung einer Bank mit dem Privilegium einer Ausgabe von Noten ertheilt. Die Gesellschaft verbleibt im Besitz der ihr zur Zeit des Vertragschlusses zu stehenden Befugnisse, Kupfer- und Silberminen, welche an den öffentlichen Rassen des Küstengebiets, dessen Zubehörungen und der Insel Mafia, sowie des Gebietes des Schutzbüroes in Zahlung genommen werden müssen, zu prägen und auszugeben. Vor dem Erlass von Gesetzen und Verordnungen für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Schutzbüroes wird die kaiserliche Regierung die Gesellschaft zur gefülligen Ausübung auffordern, sofern nicht die Dringlichkeit des Falles eine Abweichung von der Regel erheischt. — Das Uebereinkommen gilt bis nach Tilgung der Anleihe.

\* [Personalien bei der Justiz.] Der Gerichts-Sekretär Dobratz bei dem Amtsgerichte in Gartheim ist in gleicher Amtsgegenwart als das Amtsgericht in Danzig vereilt und der Gerichts-Kassenreferent Arnsdorf in Elbing zum Rechnungsrevisor bei dem Landgerichte dabei ernannt worden.

\* [Personalien bei der Ostbahn.] Der Stations-Assistent Plehn ist von Danzig (Hauptbahnhof) nach Alsenfeld, der Stations-Vorsteher 1. Klasse Arodschek von Allenstein nach Kreuz, der Stations-Vorsteher 2. Klasse Kaufmann in Schönlanke nach Allenstein, die Stations-Ausseher Rosenberg in Pelplin nach Czerwinski und Schütz in Czerwinski nach Pelplin versetzt.

\* [Personalien beim Militär.] Der Second-Lieutenant Alawiter vom 128. Inf.-Regt. ist zum Premier-Lieut., der Hauptmann Funch vom 3. ostm. Gren.-Regt. Nr. 4 zum überzähligen Major befördert; der Oberstleutnant v. Wagenhoff vom Jäger-Regt. Nr. 39 mit der Führung des Inf.-Regts. Nr. 44 beauftragt; der Major v. Dragand von dem leichteren Regiment als Bataillons-Commandeur in das 6. ostm. Inf.-Regt. Nr. 43, der Major Alawiter vom 3. ostm. Inf.-Regt. Nr. 35 in das Felsartillerie-Regt. Nr. 20, der Hauptmann Huber vom Felsartillerie-Regt. Nr. 4 als überzähliger Major in das Felsartillerie-Regt. Nr. 35, der Major Bölding von dem Generalstab der Commandantur in Thorn zum Generalstab des Gouvernements in Köln, der Oberstleutnant Niemann vom Inf.-Regt. Nr. 77 als Generalstabsoffizier zum Commandantur in Thorn, der Generalstabsoffizier des 1. Armee-Regiments, Oberstleutnant v. Götzen, als Commandeer des 2. Garde-Regiments z. F. nach Berlin versetzt, der Major v. Lessel vom 43. Regiment zum Generalstab des 1. Armeecorps ernannt.

\* [Personalien beim Militär.] Der Second-Lieutenant Alawiter vom 128. Inf.-Regt. ist zum Premier-Lieut., der Hauptmann Funch vom 3. ostm. Gren.-Regt. Nr. 4 zum überzähligen Major befördert; der Oberstleut

Es hat Gott dem Herrn gefallen  
unter einziges liebes Söhnen  
Alsons nach kurzem schweren  
Leben im Alter von 5½ Mon.  
zu sich zu rufen. (7627)  
Neustadt o. S., 20. Novbr. 1890.  
Die siebenjährigen Eltern.  
A. Janisch u. Frau geb. Heptner.

#### Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist  
heute bei der unter Nr. 372 einge-  
tragene Firma Johannes  
Lück Nachf. W.  
Montelius zu Marienburg" u.  
als deren Inhaber der Kaufmann  
Manfred Montelius zu Marien-  
burg eingetragen. (7611)  
Marienburg, d. 18. Novbr. 1890.  
Königliches Amtsgericht III.

#### Bekanntmachung.

In dem Kaufmann Jöns Litt-  
mann'schen Concurs soll die  
Schlußvertheilung erfolgen.  
Bei einem verfügbaren Massen-  
bestande von 5646,41 M. sind zu  
berücksichtigen 55917,16 M. För-  
derungen ohne Vorrecht.  
Strasburg-Westr., (7609)  
den 20. November 1890.  
Der Concurs-Verwalter.

#### Bekanntmachung.

Meine Wohnung befindet sich  
jetzt Danzigerstraße 7. Da-  
selbst werden Damen- u. Kinder-  
garberoben sauber, schnell und  
billig angefertigt. R. Topolinski,  
Damenkleiderin, Zoppot.

Weimarsche Kunst-Ausstellungs-  
Lotterie, Hauptgew. M. 50000.

Loose, M. 50, Zoppot.  
Sölner Dombau-Lotterie, Haupt-  
gewinn M. 75000, Loose, M. 50.

3,50 bei Ch. Berling, Gerbergasse Nr. 2.

Den Eingang einer neuen Doppel-Ladung

## Nürnberg Doppel-Lager-Bier, der G. N. Kurz'schen Brauerei,

J. G. Reif,

bekreue ich mich hiermit ergebenst anzugeben, indem ich dasselbe,  
als von vorzüglichster Qualität, in Gebinden, sowie auf Patent-  
Flaschen bestens empfehle. (7622)

C. H. Kiesau.

#### Suppen-Einlagen

der hohenloische'schen Präserven-  
Fabrik:

Tapioca au Brésil,  
- indigene,  
- Julianne,

Beis-Julienne,  
Räucher-pungries,  
Grünkernmehl,  
Grünkerngrüne,

Häfergrüne,  
Reisgrüne,  
Reismehl,

Erbsenmehl,  
Bohnenmehl,  
Linenturmehl,

Gurkenschlemm,  
Häfermehl,  
in Päckchen à 1/4 Kilo,

empfiehlt. (7626)

Emil Hempf,  
112 Hundegasse 112.

#### Sehr saubere fette

#### Gänse und Enten

empfiehlt billigst

Gustav Heineke,  
98. Hundegasse 98.

#### Corned beef,

(amerik. Röckfleisch),  
2½ Dose 1,20 M.

delicate Pom. Spießbrüste,

mit und ohne Knochen,

Gothaer Cervelatwurst,

Westpfälz. Mettwurst,

sowie neue

Gemüse-Conserven und

Fisch-Conserven

in nur frischen Qualitäten empfiehlt

Gustav Schwarz,  
Seil. Geistgasse 29. (7630)

#### Neue Sendung

#### Carlsbader Misschung,

hochfein im Gefüge,

1 Zollpfund 1,80 M.

federleicht frisch geröstet

empfiehlt

Gustav Gawandka,  
Nr. 10 Breitgasse Nr. 10,  
Ecke Kohlenstraße. (7637)

Gänse-Rollbrüste,

per kg 1,50, ausgew. 1,70 M.

Gänse-Knochenbrüste,

per kg 1,40 M.

große geräuch. Gänsekeulen,

per Stück 60 M.

empfiehlt wieder einen großen

Posten in ganz vorzügl. Qualität,

ferner erhält man morgen früh einen

großen Posten

wirklich Schmalgänse,

circa 15-18 kg schwer u. offerire

dieselben 1. billigst. Marktpreise.

Alons Kirchner,  
Doggendorf 73. (7629)

#### Gänserücken m. Keulen,

Gänseklein,

Leber und Blut sind heute und

morgen zu haben

Altstädtischer Graben Nr. 94

partiere, am Dominikanerplatz.

8, Brodbänkengasse 8.

In meiner Niederlage empfiehlt

täglich frische feinste Centrifugen-

butter à 1,40 u. 1,30 M., feinste

Cervelatwurst à 1,40 M., Leber-

trüffel à 1 M., Blutwurst à 80

M. pomm. Wurst à 90 M. Ich

garantie für nur reine u. keine

Waare, da alle Sorten nur in

meiner Meierei angefertigt wird.

7431 G. Meves.

#### Wildhandlung:

Gämmtige Wildfleisch, u. zah.  
Geflügel frisch vorhanden.

Hosen (auch geschnitten)

vorr. C. Koch, Gr. Wollweberg. 26.

Prima Liefelbutter,

täglich frisch, pro Pf. 1,40 u. 1,30

frische Tischbutter,

pro Pf. 1,20. (7612)

gute fette Kochbutter,

pro Pf. 1,10 u. 1 M. empfiehlt

C. Bonnet, Melzerg. 1.

Mehrere Posten vorzüglicher

Bordeaux-, Rhein-,

Ungar- und

Mosel-Weine

räumungshalber sehr billig zu

verkaufen. (6307)

M. Riese jr.,

Altstädt. Graben 32, am Hausthor.

Special-Artikel seit Gründung

des Geschäfts 1874:

Benedictiner, Chartreuse,

Marashino, Rosen

in alter gelagerten Maare und

nur aus feinstem Berliner Wein-

spirit, einzig und allein billigst, bei

M. Riese jr.,

Altstädt. Graben 32, am Hausthor.

Fröhliche Quantitäten

Kartoffeln

zur Stärkefabrikation, kaufen u.

erbiten Öffnungszeit mit Proben.

Schottler u. Co.,

Lippin b. Rahibude Westpr.

Ich kaufe jeden Posten

Fabrik-Kartoffeln

und erbitte 10 M. Proben.

Emil Salomon,

Danzig

5720

#### Feuerlöschen

5 Jahre Garantie,

Fahr- und

Karrenlöschen

in allen Größen und

Preisen, auf Wunsch genau

nach den in Sachsen geltigen

Vorschriften für Gemeinden,

Städte u. 12 Landes-

Kataloge und Empfänger-

Verzeichnisse gratis.

Hodam & Ressler,

Danzig,

Grüne Thorbrücke,

Speicher „Phönix“.

Ich kaufe jeden Posten

Fabrik-Kartoffeln

und erbitte 10 M. Proben.

Emil Salomon,

Danzig

5720

#### Kartoffeln

zur Stärkefabrikation, kaufen u.

erbiten Öffnungszeit mit Proben.

Schottler u. Co.,

Lippin b. Rahibude Westpr.

Ich kaufe jeden Posten

Fabrik-Kartoffeln

und erbitte 10 M. Proben.

Emil Salomon,

Danzig

5720

#### Kartoffeln

zur Stärkefabrikation, kaufen u.

erbiten Öffnungszeit mit Proben.

Schottler u. Co.,

Lippin b. Rahibude Westpr.

Ich kaufe jeden Posten

Fabrik-Kartoffeln

und erbitte 10 M. Proben.

Emil Salomon,

Danzig

5720

#### Kartoffeln

zur Stärkefabrikation, kaufen u.

erbiten Öffnungszeit mit Proben.

Schottler u. Co.,

Lippin b. Rahibude Westpr.

Ich kaufe jeden Posten

Fabrik-Kartoffeln

und erbitte 10 M. Proben.

# Beilage zu Nr. 18613 der Danziger Zeitung.

Freitag, 21. November 1890.

Danzig, 21. November.

\* [Bur Alters- und Invalidenversicherung] macht heute der „Reichsanz.“ darauf aufmerksam, daß es bei Dienstboten einer besonderen Bescheinigung über ihre Beschäftigung während der Jahre 1886 bis 1890 in der Regel nicht bedürfen wird, da Dienstboten in ihren nach preußischem Recht vorgeschriebenen Dienstbüchern regelmäßig ohne Weiteres eine den Ansforderungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes entsprechende polizeilich beglaubigte Bescheinigung über ihre Beschäftigung besitzen, so daß es einer anderweitigen Beschaffung solcher Bescheinigungen regelmäßig nicht bedürfen wird. Wenn für mehr als 60 Jahre alte Dienstboten zu den üblichen Angaben noch der Betrag des während der letzten drei Jahre vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bezogenen Lohnes hinzugefügt wird, so ergiebt das Dienstbuch alles, was zur Begründung eines Rentenanspruches während der Übergangszeit und zur Bemessung des Jahresbetrages der Rente erforderlich ist.

\* [Ordensverleihung.] Dem Bahnwärter Depke in Hohenstein bei Danzig ist das allg. Ehrenzeichen verliehen worden.

\* [Versehung.] Der Werft-Secretariats-Assistent Wagner ist zum kais. Werft-Verwaltungssecretär ernannt und gleichzeitig von Danzig nach Wilhelmshaven versetzt worden.

\* [Patent.] Von den Herren Ernst Mackensen, Eisenbahndirector in Dirschau, und Georg Mehrtens, Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspecteur in Bromberg, ist auf eine kraftsammlende Bremse ein Patent angemeldet worden.

\* [Ortskrankenkasse der vereinigten Gewerke Danzigs.] In der gestern stattgefundenen Generalversammlung sind in den Vorstand für die Jahre 1891 und 1892 gewählt worden: Steinmeister Wilhelm Drenling, Schmiedemeister Hermann Kuhn, Bäckermeister Hermann Boldt, Tischlermeister Karl v. Auer, Destillateur Bruno Schütz, Seifensieder gehilfe Karl Schwarz, Färbergeselle Louis Kaliski, Messerschmied Rudolf Arbrust, Hutmacher geselle Anton Röhrer, Ober-Müller Richard Bobinski, Mühlen-Werkführer Friedrich Kaja, Conditor gehilfe Otto Küster.

H. Aus dem Kreise Garthaus, 20. Novbr. Im September cr. wandte sich die taubstumme Einkämpferin Tochter Bertha Jakubowski in Marschauerberg an den Kai er mit der Bitte, ihr eine Nähmaschine zu schenken. Am 18. d. M. wurde derselben durch den Hosieleranten Halborth-Berlin eine elegante Nähmaschine übersandt. Gleichzeitig ging auch ein Schreiben des Hrn. Regierungspräsidenten ein, welches die unentbehrliche Sendung des huldvollen Geschenks anzeigt und zugleich mittheilte, daß, falls Empfängerin mit der zugeendeten Gebrauchsanweisung nicht zureckkommen könnte, der Lieferant auf ihr Verlangen kostenfrei einen Agenten senden würde, der sie praktisch in der Handhabung der Maschine unterrichten werde. Es ist dies in diesem Jahre die dritte Nähmaschine, welche der Kaiser in unserem Kreise geschenkt hat.

K. Rosenberg, 20. November. Obwohl das Gesetz, welches die Bedeckung derjenigen Theile an landwirtschaftlichen Maschinen, welche den Bedienungsmannschaften Gefahr bringen könnten, als Göpel, Klauen, Wellen etc., anordnet, bereits im Jahre 1883 erlassen ist, versäumen dennoch viele Landwirthe, den betreffenden Bestimmungen nachzukommen, und kommen daher noch so häufig Unfälle bei Maschinenbetrieb vor. Am 18. Januar d. J. geriet im Stuhmmer Kreise ein 17jähriger Arbeiter in das Getriebe einer Dreschmaschine, wodurch ihm ein Bein zermalmte wurde, so daß dasselbe abgenommen werden mußte. Die landwirtschaftliche Genossenschaft für Unfallversicherung stellte gegen den Besitzer der Dreschmaschine den Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Strafe von 500 Mk. und die Strafkammer erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mk. Den Angeklagten konnte selbst der Umstand nicht vor der hohen Strafe schützen, daß er in seiner Vertheidigung nachwies, daß das betreffende Gesetz nebst Erläuterungen erst unterm 19. Juli 1890 im „Stuhmmer Kreisblatt“ publicirt worden ist, mit der Bestimmung, daß qu. Gesetz trete für den Kreis Stuhm am 1. August 1890 in Kraft.

WT. Königsberg, 20. Nov. Die ostpreußische Provinzialsynode beschloß, den Oberkirchenrath zu ersuchen, eine Änderung des Gesetzes betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen in dem Sinne anzubahnen, daß der Mindestbetrag der Unterstützung von 300 Mk., wie überall, auf 600 Mk. erhöht werde. Ferner wurde der Vorstand der Provinzialsynode einstimmig eracht, im Einvernehmen mit dem Consistorium der Provinz Ostpreußen dahin zu wirken, daß Vertrauensmänner aus Ostpreußen gewählt würden, die in Verbindung mit dem Consistorium und dem Synodalvorstande die sociale Frage unter kirchlichem Gesichtspunkte behandeln und die Entwicklung derselben im Auge behalten sollen, um gegebenen Falles mit Rath und That eintreten zu können. Ferner soll der Oberkirchenrath eracht werden, falls die Lage des Pensionsfonds der evangelischen Kirche dies gestatte, eine möglichst baldige Abänderung des Kirchengeches vom 26. Januar 1880 betreffend das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen dahin in Aussicht zu nehmen, daß das Ruhegehalt, wenn die Versetzung in den Ruhestand vor dem 21. Dienstjahre eintritt,  $\frac{1}{50}$  des anrechnungsfähigen Diensteinkommens beträgt und von da ab mit jedem weiteren Dienstjahr um  $\frac{1}{60}$  bis zum Höchstbetrage von  $\frac{45}{60}$  des anrechnungsfähigen Diensteinkommens steigt.

S. Insterburg, 20. November. Unter den Jöglingen des benachbarten Seminars Karalene ist der Typhus mit einer solchen Heftigkeit aufgetreten, daß vorgestern die Anstalt auf unbefüllte Zeit geschlossen werden mußte. Ein Lehrer, welcher zur zweiten Prüfung dort anwesend war, erkrankte, wie uns mitgetheilt wird, so plötzlich an Typhus, daß er nicht mehr in seine Heimat zurückreisen konnte, sondern Aufnahme in einem dortigen Gasthause finden mußte.

## Vermischte Nachrichten.

### Rochs Entdeckung.

\* Berlin, 20. November. Wie in ärztlichen Kreisen verlautet, soll der Kaiser dem Professor

Dr. Robert Koch in Anerkennung seiner Verdienste um die leidende Menschheit das Großkreuz des rothen Adlerordens verliehen haben.

Köln, 20. November. Der hiesige Bacteriologe Dr. Prior, der bei seinen Studien mehrfach zu anderen Ergebnissen wie professor Koch kam, erhielt, der „Kölnischen Zeitung“ zufolge, von dem letzteren den neuen Impfstoff zur praktischen Erprobung zugesendet.

Czernowitz, 20. November. Der Landtag hat die Entsendung eines Arztes nach Berlin zum Zwecke des Studiums des Koch'schen Heilverfahrens auf Landeskosten beschlossen.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 20. Novbr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 184—195. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 178—188, russ. loco ruhig, 132—136. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverjüngt) matt, loco 59 $\frac{1}{2}$ . — Spiritus ruhig, per Novbr. 28 $\frac{1}{2}$  Br. et November-Dezember 28 $\frac{1}{2}$  Br., per Dezember-Januar 28 Br., per April-Mai 28 Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 1500 sack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.30 Br., per Debr. 6.20 Br. — Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 20. Novbr. Kaffee. Good average Santos per November 85 $\frac{1}{2}$ , per December 82 $\frac{1}{2}$ , per März 76, per Mai 76. Behauptet.

Hamburg, 20. Novbr. Zuckermarkt. Rübenrohzucker 1. Produkt, Basis 88% Rendement, neue Uisce, f. a. B. Hamburg per Novbr. 12,12%, per Dezember 12,22%, per März 1891 12,75, per Mai 13,00. Behauptet.

Bremen, 20. November. Petroleum. (Schlußbericht.)

Schwächer. Standard white loco 6.30 Br.

Havre, 20. Novbr. Kaffee. Good average Santos per Dezbr. 104,25, per März 97,00, per Mai 95,50. Behauptet.

Frankfurt a. M., 20. Nov. Effecten-Societät. (Schluß.)

Credit-Action 258 $\frac{1}{2}$ , Franzosen 208 $\frac{1}{2}$ , Lombarden 117 $\frac{1}{2}$ , Baltier —, Aegyptier 96,00, 4% ungar. Goldrente 88,80, Gotthardbahn 158,80, Disconto-Commandit 206,50, Dresdner Bank 149,60, Laurahütte 133,60, Gelsenkirchen 167,90, Deutsche Bank 152,30. Fest.

Wien, 20. Nov. (Schluß-Course.) Dörferr. Papierrente

87,75, do. 5% do. 101,00, do. Gilberrente 87,85, 4%

Golbrente 107,00, do. ungar. Goldrente 100,85, 5% Papier-

rente 99,00, 1860er Loose 137,00, Anglo-Aust. 156,75,

Länderbank 218,00, Creditbank 293,00, Union. 235,25,

ungar. Creditactien 346,75, Wiener Bankverein 113,75,

Böh. Westb. 329, Böh. Nordb. 202,00, Böh. Eisen-

bahn 464,00, Dur-Bodenbacher —, Elbehalzbahn 222,50,

Nordbahn 2735,00, Franzosen 233,50, Galizier 200,00,

Lemberg-Ciern. 224,75, Lombarden 133,00, Nordwest-

bahn 215,00, Paribubitzer 171, Alp.-Mont.-Act. 91,20,

Labakachten 132,25, Amsterdamer Wechsel 95,40, Deutsche

Pläne 56,70, Londoner Wechsel 115,90, Pariser Wechsel

45,70, Napoleons 9,15 $\frac{1}{2}$ , Marknoten 56,72 $\frac{1}{2}$ , Russische

Banknoten 1,37 $\frac{1}{2}$ , Gilbercoupons 100,00.

Amsterdam, 20. Novbr. Getreidemarkt. Weizen per

November —, per März 222. Roggen per März 156, per Mai 154—153—154.

Antwerpen, 20. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.)

Raffinates, Type weiß loco 16 $\frac{1}{2}$  bei. und Br., per

November 16 $\frac{1}{2}$  Br., per Dezember 16 Br., per Jan-

März 16 $\frac{1}{2}$  Br. Weichend.

Antwerpen, 20. Novbr. Getreidemarkt. Weizen be-

hauptet. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste fest.

Paris, 20. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)

Weizen behpt., per Novbr. 25,70, per Dezbr. 25,70, per

Januar-April 25,70, per März-Juni 25,90. —

Roggen ruhig, per Novbr. 16,70, per März-Juni 17,20. — Weizl ruhig, per Novbr. 58,60, per Dezbr. 58,40, per Jan.-April 57,90, per März-Juni 57,90. — Rüböl matt, per Novbr. 63,00, per Dezbr. 63,25, per Jan.-April 64, per März-Juni 64,25. — Spiritus steigend, per Nov. 36,75, per Dezbr. 37,00, per Jan.-April 38,00, per Mai-August 39,25. — Wetter: Bedeut.

Paris, 20. Nov. (Schlußcourse) 3% amortisirbare Rente 95,45, 3% Rente 94,62 $\frac{1}{2}$ , 4 $\frac{1}{2}$ % Anteile 104,45, 5% ital. Rente 93,00, österr. Goldr. 95, 4% ungar. Goldrente 89,25, 4% Russen 1880 96,50, 4% Russen 1889 97,30, 4% unific. Aegyptier 48,25, 4% Ipan äuhere Anteile 73 $\frac{1}{2}$ , convert. Türken 17,90, türk. Loose 75,30, 4% privilegierte türk. Obligationen — Franzosen 538,75, Lombarden 306,25, Lomb. Prioritäten 334,00, Banque ottomane 598,75, Banque de Paris 825,00, Banque d'Escompte 555,00, Crédit foncier 1285,00, do. mobilier 406,25, Meridional-Act. 681,25, Panamakanal-Act. 32,50, do. 5% Oblig. 25,00, Rio Tinto-Action 578,75, Guernsey Action 2371,25, Gaz Parisis 1467,00, Crédit Lyonnaise 788,00, Gaz pour le Fr. et l'Etrang. 540, Transatlantique 625, B. de France 4355, Ville de Paris de 1871 410, Lab. Ottom. 310,00, 23 $\frac{1}{2}$  Cons. Angli 95 $\frac{1}{2}$ , Wechsel auf deutsche Pläne 122 $\frac{1}{2}$ , Londoner Wechsel kurz 25,34 $\frac{1}{2}$ , Cheques a. London 25,37 $\frac{1}{2}$ , Wechsel Wien kurz 218,00, do. Amsterdam kurz 206,87, do. Madrid kurz 490,25, C. d'Est. neu 612,50, Robinson-Act. 60,00, 3 Orientanleihe 73,56.

Paris, 20. Novbr. Bankausweis. Baarvorwahl in Gold 1 114 618 000, Baarvorwahl in Silber 1 247 722 000, Portefeuille d. Hauptbank und der Filialen 914 136 000, Notenumlauf 3 065 055 000, laufende Rechnung der Privaten 360 319 000, Guthaben des Staatschafes 214 894 000, Gelaminvorlässe 260 360 000, Zins- und Discont-Erträgnisse 10 941 000 Frs. Verhältniß der Notenumlaufs zum Baarvorwahl 77,07.

London, 20. Novbr. Bankausweis. Totalreserve 14 552 000, Noten-Umlauf 24 456 000, Baar-Vorrath 22 558 000, Portefeuille 32 136 000, Guthaben der Privaten 36 365 000, Guthaben des Staats 4 093 000, Notrenten 13 379 000, Régierungssicherheiten 11 778 000 Frs. Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 35% gegen 33 $\frac{1}{4}$  in der vorherigen.

London, 20. Nov. An der Börse 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Milde.

London, 20. November. Engl. 23 $\frac{1}{2}$  % Consols 94 $\frac{1}{2}$ , 4% Consols 104, ital. 5% Rente 92, Lombarden 117 $\frac{1}{2}$ , 4% con. Russen von 1889 (I. Serie) 97, con. Türken 17 $\frac{1}{2}$ , österr. Gilberrente 75, österr. Goldrente 94,00,

4% ungarische Goldrente 88 $\frac{1}{2}$ , 4% Spanier 73 $\frac{1}{4}$ , 3 $\frac{1}{2}$ % privileg. Aegyptier 89 $\frac{1}{2}$ , 4% unific. Aegyptier 94 $\frac{1}{2}$ , 3% garantirte Aegyptier 98 $\frac{1}{2}$ , 4 $\frac{1}{4}$  % ägypt. Tributant 94, 6% contol. Mexikaner 88 $\frac{1}{2}$ , Ottomankbank 123 $\frac{1}{4}$ , Sueciactien 93, Canada-Pacific 72 $\frac{1}{2}$ , De Beers-Actionen neue 18 $\frac{1}{2}$ , Rio Tinto 22 $\frac{1}{2}$ , Rubinen-Actionen 1 $\frac{1}{2}$  % Verlust, 41 $\frac{1}{2}$  % Russes 78 $\frac{1}{2}$ , Plakdiscont 6 $\frac{1}{2}$  nom. — Wechselnotierungen: Deutsche Pläne 20,79, Wien 11,78, Paris 25,66 $\frac{1}{2}$ , Petersburg 27 $\frac{1}{2}$ .

London, 19. Novbr. Die Stimmung ist hier viel beruhigter. Geldförderung für Liquidation beseitigt, weil die Bank von England großen Banken ans Herz legte, keine Avancen zurückzuweisen und lange zu sein. Wenn Amerika keinen Quersitz macht, werden sich Course hier allmählich erhöhen. Schwächste Positionen sind liquidirt und ziemlich großes Decouvert vorhanden.

Glasgow, 20. November. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 48 sh. 91 $\frac{1}{2}$  d.

New York, 19. Novbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,79, Cable-Transfers 4,89, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,26 $\frac{1}{2}$ , Wechsel auf Berlin (60 Tage) 94 $\frac{1}{2}$ , 4% fundierte Anleihe 120, Canadian Pacific-Actionen 69, Central-Pacific-Actionen 27, Chicago u. North-Western-Act. 103 $\frac{1}{2}$ , Chic. Mil. u. St. Paul-Actionen 46 $\frac{1}{2}$ , Illinois-Central-Act. 96, Lake-Shore-

Michigan-South.-Act. 104 $\frac{1}{4}$ , Louisville- und Nashville-  
 Actionen 69 $\frac{1}{2}$ , Newn. Lake-Erie- u. Western-Act. 175 $\frac{1}{2}$ ,  
 Newn. Lake-Erie- u. West. second. Mort.-Bonds 98,  
 New. Central- u. Hudson-River-Actionen 99, Northern-  
 Pacific-Preferred-Act. 60, Norfolk- u. Western-Pre-  
 ferred-Actionen 49, Philadelphia- u. Reading-Actionen  
 30, St. Louis- und St. Franc.-Preferred-Actionen  
 26 $\frac{1}{2}$ , Union-Pacific-Actionen 45 $\frac{1}{2}$ , Wabash, St. Louis-  
 Pacific- Preferred-Actionen 17 $\frac{1}{2}$ , Gilber-Bullion 97 $\frac{1}{4}$ ,  
 — Baumwolle in Newnork 91 $\frac{1}{2}$ , in New-Orleans  
 91 $\frac{1}{2}$ , — Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in  
 Newnork 7,35 Gd., do. in Philadelphia 7,35 Gd.,  
 rohes Petroleum in Newnork 7,10, d. Pipe line Certi-  
 ficates per Decembrer 69 $\frac{1}{4}$ , Leichter. — Schmals-  
 loco 6,10, do. Rohe und Brothers 6,50. — Zucker (Fair  
 refining Muscovados) 4 $\frac{1}{2}$  nom. — Kaffee 19 $\frac{1}{4}$ , Rio  
 Kr. 7, low ordinary per Dezbr. 16,97, per Febr. 15,50.  
 Newnork, 20. Novbr. Wechsel auf London 4,79 $\frac{1}{2}$ . —  
 Rother Weizen loco 0,99, per Novbr. 0,97 $\frac{1}{2}$ , per  
 Dezbr. 0,98 $\frac{1}{2}$ , per Mai 1891 1,02 $\frac{1}{4}$ . Mehl loco 3,65.  
 Mais per Novbr. 0,57 $\frac{1}{4}$  — Fracht 3. — Zucker 47 $\frac{1}{2}$ .

## Productenmärkte

Königsberg, 20. Nov. (v. Portatius u. Grothe.) Weizen  
 per 1000 Kilogr. hochbunter 125/6 $\frac{1}{4}$  189, 127/8 $\frac{1}{4}$  und  
 128 9 $\frac{1}{4}$  188, 131/2 $\frac{1}{4}$  191,50 M bei., bunter 121 6 $\frac{1}{4}$   
 177 M bei., gelber russ. 116 6 $\frac{1}{4}$  u. 117 6 $\frac{1}{4}$  bei., rother 121/2 $\frac{1}{4}$  180,  
 120 127, 127 6 $\frac{1}{4}$  140 M bei., rother 121/2 $\frac{1}{4}$  180,  
 125 6 $\frac{1}{4}$  bei. 180, 130 6 $\frac{1}{4}$  190, 131/2 $\frac{1}{4}$  188 M bei., —  
 Roggen per 1000 Agr. inländ. 111 2 $\frac{1}{4}$  und 113/4 $\frac{1}{4}$  160,  
 124/5 $\frac{1}{4}$  166, 119 6 $\frac{1}{4}$ , 121 6 $\frac{1}{4}$ , 121 2 $\frac{1}{4}$ , 122 3 $\frac{1}{4}$  u. 123 6 $\frac{1}{4}$   
 166,50 M per 120 $\frac{1}{4}$  bei. — Gerste per 1000 Kilogr.  
 große russ. 98 M bei., kleine 125 M bei., — Hafer  
 per 1000 Kilogr. 122, 125, 126, 127, 129, 130 M bei., —  
 — Erbsen per 1000 Agr. weiße 125 M bei., graue 149,  
 M bei., grüne russ. 98, weich 95, 96 M bei., —

Bohnen per 1000 Rilogr. 128, 130 M bez. — Wicken per 1000 Agr. 116, 118 M bez. — Leinsaat per 1000 Agr. feine russ. 168 M bez. mittlere 142 M bez. — Dotter per 1000 Rilogr. russ. 139 M bez. — Weizenkleie (um See-Export) per 1000 Agr. russ. grobe 84, 84,50, 84,75, mittel 80, 82 M bez. — Spiritus per 10000 Liter % ohne Faz. loco contingentirter 60 $\frac{1}{4}$  M. Gd., nicht contingentir 41 $\frac{1}{4}$  M. Gd., per Nov. nicht contingentir 40 $\frac{1}{4}$  M. Gd., per Novbr.-März nicht contingentir 39 $\frac{1}{4}$  M. Gd., per Frühjahr nicht contingentir 39 $\frac{1}{2}$  M. Gd., per Mai-Juni nicht contingentir 40 $\frac{1}{4}$  M. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transitio.

Stettin, 20. Novbr.	Getreidemarkt.	Weizen matt, loco 183—187, do. per November 187,00, do. per Nov.-Dezbr. 186,50, per April-Mai 189,00. — Roggen ruhig, loco 175—178, do. per Novbr. 181,00, do. per Novbr.-Dezbr. 176,00, do. per April-Mai 166,00. —
Pommerscher Hafer	loco 130—135. — Rübsel matt, per Nov. 57,00, per April-Mai 57,00. —	Espiritus matter, loco ohne Faf mit 50 Ml Coniumentsteuer 59,80 Ml mit 70 Ml Coniumentsteuer 40,40 Ml, per Novbr. mit 70 Ml Coniumentsteuer 39,40, per Novbr.-Dezember mit 70 Ml Coniumentsteuer 38,90, per April-Mai mit 70 Ml Coniumentsteuer 39,30. Bitroleum loco 11,60.
Berlin, 20. Novbr.	Weizen loco 185—195 Ml,	per Novbr. 192,75—193 Ml, per November-Dezember 190,75— 191,75 Ml, per April-Mai 190,75—191,50 Ml — Roggen loco 178—186 Ml, guter inländischer 182,50—184,50 Ml a. B. und fr. Mühle, per Novbr. 184,50—185,50—185,25 Ml, per Novbr.-Dezbr. 178,75—179,25—179 Ml, per April-Mai 168,50—168,75—168,50 Ml — Hafer loco 140—156 Ml, ost- u. westpreuß. 142—146 Ml, pomm. und uckermärk. 142—147 Ml, tschlesiäsch. 142—147 Ml sein schlesischer 150—153 Ml ab Bahn, per Novbr. 143,50—143—143,25 Ml, per Novbr.-Dezbr. 143,25—143 Ml, per April-Mai 140,25 Ml — Mais loco 135—

143 M, per Novbr.-Dezbr. 134,50—134,75 M, per April-Mai 127,50 M — Gerste loco 138—205 M — Kartoffelmehl loco 23,00 M — Trockene Kartoffelstärke loco 23 M — Feuchte Kartoffelstärke per Nov.-Dezbr. — M — Erbsen loco Futtermaize 148—156 M, Kochmaare 163—205 M — Weizenmehl Nr. 00 27,25 bis 25,50 M, Nr. 0 25 bis 22,50 M — Roggenmehl Nr. 0 26,50 bis 25,50 M, Nr. 0 und 1 25,00—24,00 M, Marken 27,30 M, per November 25,60 M, per Novbr.-Dezbr. 24,95 M, per Febr.-Jan. 24,85 M, per Jan.-Febr. 24,70 M, per Febr.-März 24,30 M, per April-Mai 23,70—23,65 M — Petroleum loco 23,2 M — Rübstöck loco ohne Fak 56,8 M, per Novbr. 57,1—57,2 M, per Novbr.-Dezember 57,1—57—57,2 M, per April-Mai 56,7—56,6—56,8 M — Spiritus ohne Fak loco unversteuert (50 M) 59,9 M, mit Fak loco und versteuert (70 M) 40,7—40,5 M, per Novbr. 39,8—39,9—39,7 M, per Novbr.-Dezbr. 39,5—39,6—39,4 M, per April-Mai 40,3—40,4—40,2—40,3 M, per Mai-Juni 40,6—40,7—40,6 M, per Juni-Juli 41—41—41,1 M, per Juli-August 41,7—41,4—41,6 M, per August-Septbr. 42,2—42,1 M — Gier per Scheck 3,35

August-Septbr. 42,2—42,1 M — Eier per Sack 3,50  
bis 3,70 M

Magdeburg, 20. November. Zuckerbericht. Rorzucker  
excl. 92 % 17,00. Rorzucker excl. 88% Rendement 16,00.  
Nachprodukte excl. 75 % Rendement 14,00. Flan  
Brodraffinade I. 28,25. Gem. Raffinade mit Fak 28,25.  
Gem. Melis I. mit Fak 26,25. Still. Rohzucker  
1. Product Transito f. a. B. Hamburg per Novembe  
12 22 $\frac{1}{2}$ , per Desbr. 12,30 bei. und Br. per Janua  
12,42 $\frac{1}{2}$  bei. 12,47 $\frac{1}{2}$  Br., per Januar-März 12,60 bei.  
12,65 Br. Schwach.

# Berliner Biehmarkt.

Berlin, 21. Novbr. (Vor Beendigung des Marktes abgesandt; telegraphische Ergänzung vorbehalten.) Zum Ver-

kauf standen 217 Rinder, 2125 Schweine, darunter 562 Bakonier, 317 Dänen und leichte Ungarn, 758 Kälber, 294 Hammel. — Bei Kindern fand nur ein sehr geringer Umsatz statt, so daß markgebende Preise nicht festgestellt werden konnten. — Der Schweinemarkt verlor seine schleppenden, die Preise gingen zurück und der Markt wurde nicht geräumt. Inländische erzielten in 2. und 3. Qualität (a. fehlte) 44—55 M per 100 kg mit 20% Tara. Bakonier 45—46 M per 100 kg mit 50—55% Tara pro Stück. — Der Kälberhandel gestaltete sich gedrückter und flauer wie vergangene Woche, nur allerfeinste Ware erzielte noch alte Preise; für alle anderen mußten die Verkäufer Preisnachlaß gewähren. Ia. 63—67, IIa. 56—82, IIIa. 45—55 Pf. per kg Fleischgewicht — Hammel ohne Nachfrage.

Wolle

Warschau, 20. Nov. Originalbericht der Danz. Stg.  
Nachdem seit mehreren Monaten das Woll-Geschäft an  
diesigen Platze ein sehr stilles gewesen war, erfolgten in  
den letzten vierzehn Tagen eine ganze Reihe von Ver-  
käufen. Zunächst gingen von hier nach Lodz 600 Pud  
in einer hiesigen Anstalt gewaschener russischer Wollen  
das Pud zu 30 Rubel. Nach Bialystok wurden von  
diesigen Platze 130 Centner feiner polnischer Wollen, der  
Centner um etwa  $2\frac{1}{2}$  Rubel niedriger als die dies-  
jährigen Wollmarktsnotirungen waren, verkauft. Ein  
Tomaszower Großfabrikant erwarb in Warschau 400 Ctn  
mittelfeiner Wollen zu 68 Thaler polnisch den Centner.  
Ein Warschauer Händler erstand in Mlawa 60—70 Ctn  
Mittelwolle, die er nach Tomaszow zu 65 Thl. polnisch  
verkaufte. Gefragt sind augenblicklich minderwertig  
aber gut gewaschene Rustikalwollen, die auf dem Markt  
sehr fehlen. In der letzten Woche trafen hier selbst aus  
anderen kleinen Posten auch 150 Centner sehr feine  
Wollen aus dem Gouvernement Lublin ein und ginge  
auf Lager.

## Berliner Fondsbörse vom 20. November.

Die heutige Börse wies in ihrem ganzen Verlaufe festeren Charakter auf. Die Course setzten auf speculativem Gebiet durchschnittlich etwas besser ein und konnten auch weiterhin zumeist noch etwas anziehen. In dieser Beziehung waren die günstigen Tendenzmeldungen der fremden Börsenplätze von um so größerem Einfluss, als auch die neuesten Nachrichten über die Entwicklung des internationalen Geldmarktes und über die Krise in London befriedigender lauteten. Die Contremine führte daher belangreichere Deckungen aus, denen gegenüber die vorliegenden Verkaufssordres wenig ins Gewicht fielen. Der Kapitalmarkt zeigte feste Haltung für heimische solide

Anlagen bei regerem Verkehr; Reichs- und preußische consolidirte Anleihen erscheinen etwas höher. Auch fremdfesten Zins tragende Papiere, ausländische Staatsfonds und Renten fester und lebhafte. Der Privatdiscont wird mit 5 $\frac{1}{4}$  % notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien steigend und ziemlich belebt. Franzosen und Lombarden etwas besser und lebhafter. Inländische Eisenbahnactien fester. Bankactien recht fest. Industriepapiere schwächer und ruhig; Montanwerthe fester und theilweise lebhafter.

Deutsche Fonds.					
Deutsche Reichs-Anleihe	4	105,00	Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	—
do. do.	3½	97,40	Poln. Pfandbriefe	5	70,60
Konsolidirte Anleihe	4	104,10	Italienische Rente	5	91,50
do. do.	3½	97,50	Rumänische Anleihe	5	101,25
Staats-Schuldtheine	3½	99,75	do. fundirte Anl.	5	100,30
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	3½	95,20	do. amort. do.	5	97,80
Weitpr. Prov.-Oblig.	3½	—	do. 4% Rente	4	84,30
Landsh. Centr.-Pfdbr.	4	102,75	Türk. Admin.-Anleihe	5	86,60
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	95,50	Türk. conv. 1% Anl. La.D.	1	17,60
Pommersche Pfandbr.	3½	96,20	Deutsche Gold-Pfdbr.	5	89,50
do. do.	4	—	do. Rente	5	86,60
Posenische neue Pfdbr.	4	100,90	do. neue Rente	5	86,50
do. do.	3½	96,20			
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	95,75			
do. neue Pfandbr.	3½	95,75			
Pomm. Rentenbriefe	4	102,00			
Posenische do.	4	102,00			
Preußische do.	4	102,00			

Lotterie-Anleihen.	
Bad. Brämien-Anl. 1867	4
Baier. Brämien-Anleihe	4
Braunschw. Br.-Anleihe	—
Goth. Bräm. - Pfandbr.	3 1/2
Hamburg. 50 Br.-Loose	3
Köln-Nimb. Br.-G.	3 1/2
Lübecker Bräm.-Anleihe	3 1/2
Desterr. Loose 1854	4
do. Cred.-L.v. 1858	—
do. Loose von 1860	5
do. do. 1864	—
Oldenburger Loose	5
Pr. Bräm.-Anleihe 1855	3 1/2
Raab-Grau 100 L.-Loose	4
Ruß. Bräm.-Anl. 1864	5
do. do. von 1866	5
Ung. Loose . . . . .	—

† Binsen vom Staate gar. Div.	1889.	Bank- und Industrie-Actionen.	1889.		
Königr.-Pferd.-Bahn.	43/4	88,75	Berliner Rassen-Verein	136,00	6
Lüttich-Limburg	...	22,10	Berliner Handelsges.	151,00	12
Oesterl.-Franz.-St.	2,70	103,25	Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—
† do. Nordwestbahn.	43/4	94,75	Bremer Bank	—	41/4
do. Lit. B.	51/2	99,00	Bresl. Disconto-bank	—	7
Reichenb.-Pardub.	3,81	75,25	Danziger Privatbank	—	81/4
Russ. Staatsbahnen	6,56	—	Darmstädter Bank	150,40	101/2
Russ. Südbahn	—	82,25	Deutsche Genossensch.-B.	128,00	8
Schweiz. Unionb.	5	—	do. Bank	150,10	10
do. Westb.	—	—	do. Effecten u. W.	125,00	11
Südösterl. Lombard	13/5	59,25	Reichsbank	143,25	7
Marschau-Wien	15	222,75	do. Knoblauch-Bank	111,00	61/4

## Ausländische Prioritäten.

Gottthard-Bahn	5	103,10	Hamb.-Commerz.-Bank	126,00	7½		2 Mon.	4½	167,0
+ Italien. 3% gar. G.-Pr.	3	56,40	Hannöversche Bank	112,75	5	bo.	8 Ig.	6	20,3
+ Kasch.-Oderb., Gold-Pr.	4	96,10	Rönigsk. Bereins-Bank	105,00	6	London	3 Mon.	6	20,1
+ Kronpr.-Rudolf.-Bahn	4	—	Lübecker Comm.-Bank	—	7	do.	8 Ig.	3	80,4
+ Deßterr.-Fr.-Staatsb.	3	83,00	Magdbs. Privat-Bank	110,00	5½/3	Paris	8 Ig.	3	80,2
+ Deßterr. Nordwestbahn	5	92,75	Steinmenger Hypoth.-B.	102,50	5	Brüssel	8 Ig.	3	79,9
do. Elbtalb.	5	91,50	Norddeutsche Bank	—	12	do.	2 Mon.	3	175,0
+ Süddößterr. B. Lomb.	3	65,80	Deßterr. Credit-Anstalt	161,75	10½/8	Wien	8 Ig.	4	173,2
do. 5% Oblig.	5	104,00	Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—	do.	2 Mon.	4	240,9
Ungar. Nordostbahn	5	86,50	do. do. conv. neue	101,50	—	Petersburg	3 Wch.	5½/2	240,0
do. do. Gold-Pr.	5	101,00	Bolener Provinz.-Bank	—	6	do.	3 Mon.	5½/2	241,0
		92,00	Breuh. Boden-Credit	120,50	6½/2	Warischau	8 Ig.	5½/2	241,0
		92,00	do. do. do. do. do.	120,50	10	Daggett der Freibank	5½/2	%	

Font

Kursk-Charkow . . . .	4	92,00	Gesellschaftlicher Bankverein	122,50	8	Gorten.
Kursk-Aren . . . .	4	91,70	Güdd. Bod.-Credit-Bk.	155,25	6 1/2	Dukaten . . . .
Mosko-Rjájan . . . .	4	92,50				Sovereigns . . . .
Mosko-Smolensk . . .	5	100,00	Danziger Delmühle	130,00	5	20-Francs-St.
Rubinsk-Bologone . . .	5	95,40	do. Prioritäts-Act.	120,50	5	Imperials per 500 Gr.
Rjájan-Kostlow . . . .	4	91,50	Neufeldt-Metallwaren	108,75	8	Dollar . . . .
Wartchau-Terespol . .	5	100,50	Actien der Colonia . . .	10100	682/3	Englische Banknoten . . .
Oregon Railw. Nav. Bds.	5	96,00	Wuppiger Feuer-Versich.	16220	60	Französische Banknoten . .
Northern-Pacif. Eis. III.	6	103,50	Bauwerken Passage . . .	68,00	5 1/2	Deutschösterreichische Banknoten . .
do. do.	5	88,60	Deutsche Baugesellschaft .	83,00	3 1/3	Russische Banknoten . . .